6. Jahrgang — Nr. 51 Mittwoch, 1. März 1922

Volksstimme

Redaktion in Halle, Gr. Brauhausstraße 17, Telephon Nr. 6802, Eisleben 302 Sprechstunden der Redaktion in Halle: Wochentags von 11—12 Uhr, Sonntags keine Sprechstunde. Sprechstunden unserer Eisleben Vertretung wochentags von 4—6 Uhr nachmittags. Die „Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, sie enthält die illustrierte Sonntags-Beilage „Volk und Zeit" sowie wöchentlich abwechselnd „Die Frauenwelt" und „Für die arbeitende Jugend". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Die „Volksstimme" verfügt über einen bestens ausgebauten Berichterstattungsdienst in allen Orten ihres großen Verbreitungsbezirks. Meldungen von Bedeutung werden zu jeder Tageszeit auf telephonischem wie auch auf schriftlichem Wege von der Redaktion entgegengenommen.

Sozialdemokratische Partei-Tageszeitung für Halle und den Saalkreis sowie die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga, Zeitz-Weißenfels, Naumburg, Eisleben und die Mansfelder Kreise.

Verlag und Geschäftsstelle in Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27. Fernruf-Nummer 5407. Telegrammadresse „Volksstimme Halle". Postscheckkonto 11092 Erfurt. Geschäftsstelle in Eisleben: Bahnhofstr. 22. Fernruf-Nummer 302. Bezugspreis monatlich 10,50 Mk. und 1,50 Mk. Zustellungsgebühr oder wöchentlich 3,00 Mk. Durch die Post einschließlich der Zustellungsgebühren 12.— Mk. Für Abholer an den Ausgabestellen 11.— Mk monatlich. Einzelnummer 60 Pfg. Anzeigenpreise: im Kostspaltenen Anzeigenteil kostet das Millimeter 1,20 Mk., im 3 gespaltenen Textteil 6.— Mk. einschließlich der Anzeigensteuer. Anzeigentermin für die nächste Ausgabe bis 9 Uhr morgens. Betriebsstörungen technischer oder anderer Art entbinden in allen Fällen von der rechtzeitigen Aufnahme von Anzeigen sowie von der pünktlichen Zeitungslieferung.

Deutschlands Leistungsverpflichtungen für 1922.

Barzahlungen 720 Millionen Goldmark. — Sachleistungen 1450 Millionen Goldmark.

Das Pariser Abkommen.

Pariser Blätter veröffentlichten am Dienstag angebliche Einzelheiten aus den vorläufigen Abmachungen über die Sachlieferungen zwischen einer Delegation der Reparationskommission und der Reichsregierung. Es wird bemerkt, daß die nachfolgenden Bestimmungen als Zusätznote zum Pariser Abkommen gedacht sind:

1. **Für das Jahr 1922 belaufen sich die Barzahlungen auf 720 Millionen Goldmark und die Sachleistungen auf 1450 Millionen Goldmark. Wenn der Betrag der Sachleistungen nicht erreicht wird, so erhöhen sich dadurch die Barzahlungen um den entsprechenden Betrag.**
2. **Die Bestellungen werden zum Weltmarktpreis gegeben und von der Reichsregierung an deutsche Private in Papiermark vergütet.**
3. **Für die Bestellungen wird kein Maximum festgesetzt. Die größeren Bestellungen können direkt abgeschlossen werden, d. h. direkt zwischen dem deutschen Erzeuger und dem französischen Verbraucher.**
4. **Das Minimum der Bestellungen beträgt 1500 Goldmark.**
5. **Die Bestellungen, die mehr als 25 Proz. fremde Rohstoffe erfordern, werden vollständig vom Käufer bezahlt, für die Bestellungen von Eisen und Stahl wird der Käufer eine Barzahlung von 35 Proz. leisten.**
6. **Kupfer, Zement und einige chemische Produkte sind von den Abmachungen ausgeschlossen.**
7. **Die Bestellungen können nur zwischen wirklich bekannten Häusern abgeschlossen werden.**
8. **Die Industriekartelle, die im Vertrage hinsichtlich der Reparationen vorgesehen sind, verschwinden, ebenso das deutsche Reichsministerium für den Wiederaufbau.**
9. **Die Bestellungen beziehen sich vorzugsweise auf deutsche Erzeugnisse, die der Industrie der Abnehmerländer keine Konkurrenz machen.**
10. **Die Abmachungen werden von den alliierten Sachverständigen geprüft werden.**

Soweit wir unterrichtet sind, bilden die von der Pariser Presse mitgegebenen Punkte nur einen Teil der vorläufigen Abmachungen. Die Reichsregierung wird die Vereinbarungen mit der Reparationskommission heute, Mittwoch, veröffentlichen.

Londoner Konferenz.

Errichtung nationaler, international verbundener Wiederaufbau-Korporationen. — Die britische Korporation als Vorbild. — Das vorgeschlagene Gesamtkapital. — Deutschlands Beteiligung mit 10 Proz. — Die Geschäftsbedingungen der der internationalen Wiederaufbau-Korporation angeschlossenen Länder.

Von amtlicher Seite wird uns mitgeteilt:

Die Konferenz der internationalen Delegierten, welche in London zusammentreten ist, beschloß, ihre besten Kräfte dafür einzusetzen, um die Errichtung nationaler und untereinander verbundener Korporationen in verschiedenen Ländern mit einer zentralen internationalen Korporation, welche in London gebildet werden soll, zu bewirken.

Hauptaufgabe der Korporationen ist die Prüfung der Möglichkeiten zur Uebernahme von europäischen Wiederaufbauarbeiten und der Beteiligung an der Finanzierung derartiger Unternehmungen. Die Korporationen sollen soweit wie möglich mit anderen Gruppen und Unternehmungen zusammenarbeiten und nicht etwa versuchen, irgendein Monopol zu errichten. Es wird anerkannt, daß Valutaschwierigkeiten die Gründung einer einzigen konsolidierten Korporation verhindern und die Errichtung verschiedener nationaler Korporationen notwendig machen. Es ist aber beabsichtigt, daß die nationalen Korporationen soweit als möglich als eine Einheit zusammenarbeiten unter Kontrolle der zentralen internationalen Korporationen, an der alle nationalen Korporationen beteiligt sind, und in deren Aufsichtsrat sie alle vertreten sein werden. Zu diesem Zweck wird eine Vereinbarung zwischen allen Korporationen getroffen auf der Basis des von der Konferenz gebilligten, und von dem Vorsitzenden unterzeichneten Vertragsentwurfs. Die Gründungsakte und das Statut der in Aussicht genommenen britischen nationalen Korporationen, wie sie von der Konferenz gebilligt, und von dem Vorsitzenden unterzeichnet worden sind, solle die Grundlage für die Begründung der verschiedenen nationalen Korporationen bilden vorbehaltlich jener Aenderungen, die die Gesetze jedes Landes nötig machen. Das

Gesamtkapital der nationalen Korporationen

ist für den Anfang auf den Gegenwert von 20 Millionen Pfund festgesetzt, von denen 25 Prozent sofort einzuzahlen sind. Wo dieses nötig sein sollte, werden die Regierungen ersucht, für die Aufbringung des Kapitals Garantie zu leisten. Das Anfangskapital der zentralen internationalen Korporation ist auf zwei Millionen Pfund Sterling festgesetzt und wird durch Zahlungen der nationalen Korporation in Höhe von 10 Prozent ihres eigenen Kapitals aufgebracht werden. **Die zentrale, internationale Korporation soll von englischen Steuern befreit sein.** Folgende Länder sind aufgefordert worden, je 20 Prozent des vorgeschlagenen Gesamtkapitals von 20 Millionen Pfund Sterling zu zeichnen: Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien. Es wurde beschlossen, auch die folgenden Länder zur Beteiligung, soweit sie solche wünschen, einzuladen: Vereinigte Staaten von Amerika, Japan, Dänemark, Holland, Schweiz und Tschechoslowakei. Das diesen Ländern zuzuteilende Kapital wird gleichmäßig von den 20 Prozent genommen werden, die fünf ersten, zur Kapitalzeichnung aufgefordert Länder vorgesehen sind. Oder, wenn dieses notwendig sein sollte, entsprechend der Entscheidung des zu bildenden Aufsichtsrates der zentralen internationalen Korporation.

Der Vorstand der zentralen internationalen Korporation soll die Befugnis haben, anderen Ländern auf Wunsch die Teilnahme zu gestatten und, falls notwendig, das Kapital zu diesem Zwecke zu erhöhen. Sobald drei Länder in der Lage sind, ihre nationalen Korporationen zu gründen, und das nötige Kapital aufzubringen, sollen diese nationalen Korporationen und die zentrale internationale Korporation gegründet werden. Die beteiligten Regierungen werden dringend ersucht, sich die gesetzliche Ermächtigung geben zu lassen, damit sie ihren nationalen Korporationen sobald als möglich alle notwendigen Garantien bieten können, damit sie die Gründung vornehmen, und ihre Arbeit schnellmöglichst aufnehmen können.

Nach übereinstimmender Ansicht der Delegierten sollten die Korporationen keine Geschäfte mit oder in irgendeinem Lande machen, welches nicht

a) alle öffentlichen Schulden und Verpflichtungen, die vom Staate früher eingegangen worden sind, oder noch eingegangen werden, anerkennt, wie auch die Verpflichtungen übernimmt, Zurückerstattung oder in deren Ermangelung zur Entschädigung aller ausländischen Interessenten für die Verluste oder Schäden, welche sie durch Konfiszierung oder Zurückhaltung ihres Eigentums erlitten haben;

b) eine Gesetzgebung einführt, durch die Handels- oder andere Verträge genehmigt oder unparteiisch durchgeführt werden;

c) dem Handel Sicherheiten bietet.

Poincaré macht Gegenbesuch in London.

Vollkonferenz der Finanzminister über die Verteilung der Reparationen.

Von französischer amtlicher Seite wird bestätigt, daß Poincaré schon in allernächster Zeit einen Gegenbesuch in London machen wird. Die kommenden Besprechungen zwischen Poincaré und Lloyd George in London gelten vor allem dem Abschluß der Beratungen der Sachverständigen-Konferenz, die in dieser Woche in London zusammentreten soll. Bevor die beiden Premierminister zusammentreffen, werden noch zwei andere Zusammenkünfte verbündeter Minister in Paris stattfinden. Es handelt sich zunächst um die Konferenz der Finanzminister, die sich mit der Frage der Wiedergutmachung, insbesondere mit der Verteilung der Reparationen beschäftigen soll, ferner um eine Beratung der Außenminister zur Regelung der Orientfrage. Ein endgültiges Datum für die Abreise Poincarés steht zurzeit noch nicht fest.

Phantasien über das Steuerkompromiß.

Das Durcheinander im Reichsfinanzministerium.

Berlin, 1. März. Ueber den Verlauf der Steuerkompromiß-Beratungen werden in der Oeffentlichkeit die verschiedenartigsten Mitteilungen gemacht. Neuerdings weiß das „Berliner Tageblatt" — auf Grund wessen, ist uns unbekannt — mitzuteilen, daß nach den ersten drei zinsfreien Jahren ein niedriger Zinssatz für die Zwangsanleihe in Betracht kommt, und daß die Veranlagung zur Zwangsanleihe nicht nach der Reichsnotopferveranlagung mit dem 31. Dezember 1919 als Stichtag, sondern nach der Vermögenssteuerveranlagung für 1922 erfolgen soll. Da die Steuerveranlagung für das laufende Jahr noch nicht fertiggestellt ist, sollen voraussichtlich bestimmte Vorauszahlungen auf die Zwangsanleihe in Höhe eines Notopferdrittels angeordnet werden können. Ueber die sonstige Art der Einzahlung der Anleihe weiß die genannte Quelle zu melden, daß die Erhebung ratenweise erfolgen soll, und zwar so, daß die Einzahlung der Zwangsanleihe bis zum Frühjahr 1923 erfolgt ist.

Alle vorstehenden Weisheiten sind entweder Pläne des Reichsfinanzministeriums oder Kombinationen des „Berliner Tageblatts. Den Regierungsparteien ist von diesen Plänen bisher noch nichts bekannt, so daß also eine Stellungnahme noch nicht erfolgen konnte. Die Sozialdemokratie behält sich vor, bei dem Wiederzusammentritt des Reichstages am kommenden Freitag Schritte zu unternehmen, um einmal ihre Absichten und Wünsche in bezug auf das Steuerkompromiß vorzutragen und andererseits eine Klärung über das zurzeit bestehende Durcheinander im Reichsfinanzministerium herbeizuführen.

Freitag Abstimmung über das Reichsmietengesetz. Am kommenden Freitag findet im Reichstag die namentliche Abstimmung über das Reichsmietengesetz statt. Es ist dringend erforderlich, daß alle sozialdemokratischen Abgeordneten zu der Abstimmung anwesend sind. Im übrigen wird im Laufe des Freitags und des Sonnabends der Etat des Reichsschatzministeriums und des Ministeriums für Wiederaufbau zur Beratung stehen.

Wirtschaftlicher Umbau in der Zuckerindustrie.

In der Zuckerindustrie vollziehen sich gegenwärtig Umwälzungen, an denen die Oeffentlichkeit nicht achtlos vorübergehen kann. Namentlich haben Zeitungen, die die Interessen der arbeitenden Klasse und der Konsumenten vertreten, dieser Entwicklung ihr Augenmerk zu schenken. Seit mehreren Monaten gehen durch die Tageszeitungen Notizen, daß Zuckerraffinerien nähere Verbindungen mit Rohzuckerfabriken einzugehen versuchen, und daß bei einem Teil der Rohzuckerfabriken das gleiche Bestreben besteht. Anderenteils versuchen wieder eine Anzahl Rohzuckerfabriken neue Raffinerien zu errichten oder doch bestehende Rohzuckerfabriken zu Raffinerien oder Weißzuckerfabriken auszubauen. Legen wir uns die Frage vor, warum diese Bestrebungen vorhanden sind, so kommt man zu dem Schluß, daß eine Notwendigkeit zu Neugründungen nicht vorliegt.

Die bisherigen Raffinerien reichten vollkommen aus, das zu Friedenszeiten erzeugte Zuckerquantum zu raffinieren. Wir haben aber gegenwärtig noch lange nicht die Friedensproduktion erreicht. Nach der letzten Zuckerkampagne beträgt die Rohzuckererzeugung etwas über die Hälfte des Friedensstandes. Mangel an Verarbeitungsmöglichkeiten für den anfallenden Rohzucker können also bei diesen Neugründungen nicht maßgebend sein. Bei den Zusammenlegungsversuchen von Rohzuckerfabriken und Raffinerien sind sie erst recht nicht ausschlaggebend.

Das Bestreben der Zuckerfabrikanten geht vielmehr dahin, durch Umtausch der Aktien eine Interessengemeinschaft zu schaffen zwischen Rohzuckerfabriken und Raffinerien. Mit ausschlaggebend für Schaffung der Interessengemeinschaften dürfte die Absicht sein, erhebliche Umsatzsteuern sperren zu können. Es gibt eine Reihe sogen. gemischte Betriebe (Weißzuckerfabriken), die Rüben auf Zucker verarbeiten und diesen Zucker auch gleich weiß schleudern, d. h. verbrauchsfertig machen. Andere Betriebe dagegen stellen nur Rohzucker her und liefern diesen an die Raffinerien zur Verarbeitung.

Bei dem Umsatz des Rohzuckers von der Rohzuckerfabrik zur Raffinerie müssen die Raffinerien natürlich die Umsatzsteuer tragen. Wollen sie dieses nicht, so werden die meisten Rohzuckerfabriken versuchen, sich auf Weißschleuderung umzustellen. Geht der Zucker dann aus der Raffinerie heraus, so wird er nochmals mit der Umsatzsteuer belegt. Also, die Fabrik, die ihren Rohzucker selbst herstellt und gebrauchsfertig macht, zahlt nur einmal die Umsatzsteuer, während der in einer Raffinerie gebrauchsfertig gemachte Zucker zweimal durch die Umsatzsteuer belastet wird. Von der Industrie war der Vorschlag gemacht worden, den Zucker nur einmal im gebrauchsfertigen Zustande mit Umsatzsteuer zu belegen und dann diesen Satz höher zu stellen wie bei anderen Waren. Das ist abgelehnt worden. Für das laufende Betriebsjahr besteht nun eine Verteilungsstelle nach freier Vereinbarung, die regelnd in die Dinge eingreift. Ob sie für das nächste Jahr wieder zustande kommt, ist mehr als fraglich.

Es geht also das Bestreben dahin, möglichst viel Rohzuckerfabriken zu Weißzuckerfabriken auszubauen; den Zucker selbst gebrauchsfähig zu machen, um so die Umsatzsteuer zu sparen. Liegt dieses im Interesse der Allgemeinheit? Nach fachmännischem Urteil ist eine Weißzuckerfabrik nicht in der Lage, ein Produkt herzustellen, das an Güte dem raffinierten Zucker gleichkommt. Der Zucker wird hier eben nur weiß geschleudert, während er in der Raffinerie nochmals vollständig durchgearbeitet wird. Hinzu kommt, daß im Raffinationsverfahren eine größere Ausbeute erzielt wird, wie bei Weißzuckerfabriken. Wird also auf Güte und auf möglichst große Ausbeute Wert gelegt, dann ist es durchaus erwünscht, daß der Zucker im Raffinationsverfahren gebrauchsfertig gemacht wird.

Für das kommende Jahr ist nun eine weitere Steigerung im Rübenbau und somit in der Zuckerproduktion zu erwarten, was im Interesse des Deutschen Volkes durchaus erwünscht ist. Tritt dieses ein, und kommt eine sogenannte freie Preis- und Verteilungsvereinigung nicht wieder zustand, dann befürchten die Raffinerien, daß entweder die Weißzuckerfabriken den Verbrauchszucker billiger abgeben wie sie, und daß sie durch diese Konkurrenz ebenfalls zur billigeren Abgabe gezwungen werden.

Oder aber, daß der Gewinn der Weißzuckerfabriken größer sein wird, wie derjenige der Raffinerien. Würde durch diese Konkurrenz eine Verbilligung eintreten, so könnte das dem Konsumenten nur erwünscht sein. Indessen ist zu befürchten, daß dieses vorläufig nicht Platz greift, sondern daß die Gewinne der einen Gruppe umso höher sein werden Da es Raffinerien gibt, die Millionen Ztr. Zucker verar

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220301-14/fragment/page=0001

betten, handelt es sich, trotzdem die Umsatzsteuer nur 2 Proz. beträgt, um ganz erhebliche Summen. Man versucht also, durch Zusammenlegungen und Fusionen die Umsatzsteuer zu umgehen, indem man Raffinerien und Zuckerfabriken zu einer Gesellschaft zusammengelegt und den Zucker in eigener Regie herstellt.

Neben der Umsatzsteuer sind noch eine Reihe andere wirtschaftliche Gründe zum Zusammenschluß der Fabriken maßgebend. Man hofft durch die Fusion mehrerer Rohzuckerfabriken mit einer Raffinerie dieser ein bestimmtes Quantum Zucker für jedes Betriebsjahr aus der näheren Umgebung sichern zu können, um so hohe Frachtkosten für weitbergeholten Rohzucker zu sparen. Da diese Maßnahmen geeignet sind, immerhin die Transportschwierigkeiten zu heben, wäre dieses im allgemeinen Volksinteresse zu begrüßen. Bei diesen Bestrebungen geht es natürlich ohne gegenseitige „Liebenswürdigkeiten" im Unternehmerkager nicht ab. Die eine Gruppe wirft der anderen unlautere Motive vor und dergleichen.

Wir haben einige Erfahrungen gemacht, wie derartige Zusammenschlußbestrebungen, wenn sie zustande kommen, auf die Preisgestaltung in diesen Industriezweigen wirken. Erinnert sei hierbei nur an die Konzerne in der Margarineindustrie, das Kohlenkontor, Zementsyndikat, Kalisyndikat und dergl. Alle diese Zusammenschlüsse haben uns nie eine Preisverbilligung, wohl eine Preisverteuerung gebracht. Sollen auch in der Zuckerindustrie zunächst kleinere, nach bestimmten Wirtschaftsgebieten abgegrenzte Zusammenschlüsse erfolgen, so steht doch zu befürchten, daß dem ein weiterer Zusammenschluß folgen wird. Auch ist es leichter, bei Preisfestsetzungen sich mit bestimmten Wirtschaftsgruppen zu einigen, wie mit lauter einzelnen kleinen Betrieben.

Für die Arbeiterschaft der Zuckerindustrie insbesondere können diese Dinge unangenehme Folgen haben. Wird beispielsweise die bisherige Produktion einer Raffinerie auf 2 oder 3 verteilt, so tritt eine dauernde Verringerung der Arbeitsmöglichkeit für diese Fabrik und somit für die am Orte wohnende Arbeiterschaft ein. Es gibt Orte, wo die Zuckerraffinerie fast die einzige oder doch die Hauptarbeitsmöglichkeit bildet. Werden die geplanten Verschiebungen zur Wirklichkeit, dann kommt für die Arbeiterschaft eine schlechte Zeit. Andererseits gibt es wieder Raffinerien, die hauptsächlich in industrieller Gegend liegen. Würden diese stillgelegt, oder ihr Betrieb eingeschränkt, so würde eine teilweise Abwanderung der vorhandenen Arbeitskräfte nach Gegenden stattfinden müssen, wo Rohzuckerfabriken zu Raffinerien oder Weißzuckerfabriken umgebaut werden. Das dürfte bei der heutigen Wohnungsknappheit keine leichte Aufgabe sein.

Aber auch nach einer anderen Richtung interessieren diese Konzentrationsbestrebungen namentlich die in der Zuckerindustrie beschäftigte Arbeiterschaft. Wir haben es in der Zuckerindustrie bei Lohnverhandlungen mit äußerst hartnäckigen Arbeitgebern zu tun. Kommen diese wirtschaftlichen Zusammenballungen zustande, dann dürfte der Lohnkampf in der Zuckerindustrie dadurch nicht erleichtert werden. Für die Arbeiter heißt es also, auf dem Posten sein, damit wir vor Ueberraschungen geschützt sind. Die Unternehmer der Zuckerindustrie sind keine Freunde von größeren Bezirkslohntarifen, und sie werden die Lohnfrage möglichst wieder auf das örtliche Gebiet schieben. Gelingt ihnen das, dann haben sie gewonnenes Spiel. Fabriken, die unter einer Leitung stehen, können dann die Produktion, falls in einem dieser Betriebe Differenzen bestehen, beliebig verschieben. Auch nach dieser Richtung haben wir Erfahrungen schon gesammelt. Da gilt es, für eine geschlossene Organisation zu sorgen, um den Unternehmern auch auf diesem Gebiete eine Parole bieten zu können.

Radfahrer- Schläuche Mäntel **billigst!**
Spezialgeschäft H. Bieder, Gr. Steinstraße 35, gegenüber Kliniken.

Kapitalistische Habsucht und Hungersnot.

Vor einiger Zeit sprach sich der Kongreß der Vereinigten Staaten für die Gewährung eines Kredits von 20 Millionen Dollars zur Linderung der Hungersnot in Rußland aus. Dieser Betrag wird für den Ankauf von Getreide verwendet werden, das bekanntlich in Amerika in großem Ueberfluß vorhanden ist. Dieses Getreide soll über die baltischen Häfen nach den bedrohten Gebieten transportiert werden. Bei der Abstimmung über den Kredit wurde die Bedingung festgesetzt, daß das Getreide ausschließlich in amerikanischen Dampfern verschifft werden soll.

Einer Meldung der „New York Call" vom 6. Januar zufolge soll dies die amerikanischen Reeder veranlaßt haben, unmittelbar bei Bekanntgabe des Abstimmungsresultates ihre Frachtpreise zu erhöhen. Laut Feststellungen der „American Relief Administration" stieben die Frachtraten für die baltischen Häfen von 6.50 Dollars per Tonne auf 8.50 und 8.75 Dollars. Angesichts dieser Tatsache soll sich Lebensmittelkontrolleur Herbert Hoover mit dem Shipping Board in Verbindung gesetzt haben, um das Getreide in Regierungsschiffen zu transportieren und so zu verhindern, daß eine große Summe, vielleicht 1.500.000 bis 2.000.000 Dollars zum Nachteil der Hungernden in die Taschen der Reeder fließt. Senator Borah hat im Senat sofort Schritte unternommen, um über die Haltung der Reeder eine Untersuchung einzuleiten.

Ausgewiesen.

Paris, 1. März. Nach einer Havasmeldung aus Koblenz hat die interalliierte Oberkommission in den Rheinlanden die Ausweisung des Notars Julius Budenhender in Landstuhl (Pfalz) aus dem besetzten Gebiet verfügt. Budenhender wird als ehemaliger deutscher Offizier bezeichnet und soll in ständigen Beziehungen mit alldeutschen Kreisen des unbesetzten Gebietes gestanden haben, denen er alle erreichbaren Auskünfte über Besetzungsverhältnisse mitgeteilt habe. Das Kriegsgericht in Landau hat ihn zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Die neueste Auffassung des Reichsgerichts.

In einer Beleidigungsklage, die juristisch von hohem Interesse ist, hat jetzt das Reichsgericht die endgültige Entscheidung gefällt. Es handelt sich um eine Klage des ehemaligen braunschweigischen Ministers Sepp Oerter und des jetzigen Ministers Junker gegen den Redakteur Becker von den „Braunschweiger Neuesten Nachrichten". Eine Erklärung der braunschweigischen Regierung hatte den braunschweigischen Richtern Klassenjustiz vorgeworfen, was Becker in seinem Blatte für eine „nichtswürdige Verleumdung" erklärte. Deswegen hatten die Minister Klage erhoben. Das Landgericht Hildesheim, das zunächst in dieser Sache zu entscheiden hatte, war zu einer Freisprechung des Angeklagten gelangt mit der Begründung, daß die Presse befugt sei, allgemeine öffentliche Interessen zu vertreten. Es hatte dem Angeklagten daher den Schutz des § 193 StGB. zugebilligt. Das Reichsgericht ist jetzt dieser Entscheidung beigetreten und hat damit seine konstante Auslegung des § 193 umgestoßen. Unter dem alten System wurde nämlich der Preise das Recht, öffentliche Interessen zu vertreten, grundsätzlich abgesprochen. Damals waren es allerdings meist linksstehende Blätter, die an den Vertretern des Obrigkeitsstaates Kritik übten. Heute, wo weit häufiger die Rechtspresse an Handlungen linksgerichteter Regierungen etwas auszusetzen hat, ist der Justiz die Erkenntnis gekommen, daß der § 193 bisher zu engherzig ausgelegt wurde. Mit der Begründung, daß die Republik andere Verhältnisse geschaffen habe, erweitert die Justiz das Recht der öffentlichen Kritik freigebigst. Woraus in der Tat zu ersehen ist, daß die Behauptung der Existenz einer Klassenjustiz „nichtswürdige Verleumdung" ist . . .

Das Ergebnis der Fünfländer-Konferenz.

Auf dem Wege zu einer aktiven, leistungsfähigen Internationale.

Der sozialistischen Fünfländer-Konferenz, die vom 25. bis zum 27. Februar in Frankfurt a. M. tagte, kommt in zwei Richtungen eine besondere Bedeutung zu. Die Konferenz ist ebenso wichtig durch die Art ihres Zustandekommens und ihre Zusammensetzung, wie durch die Beschlüsse, die sie faßte.

Die Fünfländer-Konferenz stellt einen ganz wesentlichen Fortschritt der Bestrebungen dar, eine aktive, leistungsfähige sozialistische Internationale wieder aufzubauen. Die zweite Internationale hat sich stets als die Fortsetzerin der Ueberlieferungen aus der Zeit vor dem Kriege betrachtet, sie hat keiner sozialistischen Richtung die Tür verschlossen. Auf dem internationalen Sozialisten-Kongreß von Genf im Sommer 1920 waren sowohl der deutschen Unabhängigen wie den französischen Sozialisten eine Reihe von Sitzen entsprechend ihrer Stärke freigehalten worden. Die deutschen Unabhängigen und die Franzosen kamen aber nicht, weil damals die Verbezung durch den Richtungsstreit noch zu stark wirkte. Sie zogen es vor, mit den Oesterreichern zusammen eine neue Internationale zu schaffen, die man scherzhaft die Internationale 2½ nannte, weil sie zwischen der 2. Internationale mit dem Sitze in London und der 3. mit dem Sitze in Moskau die Mitte zu halten versuchte. Die deutschen Unabhängigen und ganz besonders die Franzosen sind seitdem durch die Erfahrungen, die sie mit den Kommunisten machten, viel vernünftiger geworden. Sie sträuben sich jetzt nicht mehr, sich mit den Vertretern der 2. Internationale an einen Tisch zu setzen, aber sie behalten doch ihren 2½-Charakter, da sie verschärfen, sie würden mit Vertretern der 3. Internationale ebenso gern zusammensitzen wie mit denen der 2. Das Exekutivkomitee der 2. Internationale hat sich im Interesse der Einigung nicht grundsätzlich gegen ein Zusammentreffen mit den Anhängern Moskaus gesträubt. Es hat aber dafür seine Bedingungen aufgestellt, die die Vergewaltigung Georgiens und die Einkerkerung nicht bolschewistischer Sozialisten in Rußland betreffen. Da sich die Vertreter der französischen Sozialisten und der deutschen Unabhängigen ihrer ganzen bisherigen Haltung nach gegen solche Bedingungen nicht wehren können, war mit dem prinzipiellen Zugeständnis der 2. Internationale, sich unter Umständen auch mit den Moskowitern zu treffen, die Brücke zwischen 2 und 2½ geschlagen, und das Zustandekommen der Fünfländerkonferenz gesichert.

Engländer und Franzosen, die Belgier und Italiener nicht zu vergessen, haben sich verpflichtet, auf eine rasche Räumung der besetzten Gebiete und auf eine Ermäßigung der deutschen Kriegsentschädigung bis auf den Betrag, der zur Wiederherstellung der zerstörten Gebiete notwendig ist, hinzuwirken. Das ist unleugbar ein ganz großer moralischer Erfolg. Schon die Tatsache allein, daß große Parteien der Ententeländer gegen das Unrecht protestieren, das Deutschland durch die Politik der Okkupationen leidet, und daß sie den Vertragsbruch verurteilen, der durch die Aufhäufung der Pensionsentschädigungen auf die Schultern Deutschlands verübt worden ist, hat ihre außerordentliche Bedeutung. Diese Parteien sind aber überdies nicht irgendwer. Ganz besonders die englische Arbeiterpartei hat einen sehr starken Einfluß auf die öffentliche Meinung ihres Landes, wie sich schon aus ihren fortgesetzten Wahlsiegen ergibt.

Es hat auf der sozialistischen Fünfländer-Konferenz sicherlich keinen Deutschen gegeben, der angesichts der zielklaren Energie, mit der die Engländer für die Revision des Friedens eintraten, und der herzlichen Brüderlichkeit, mit der ihm die Franzosen begegneten, nicht gewünscht hätte, unsere englischen und französischen Genossen würden jetzt schon in der Regierung sitzen, um ihren Einfluß für die Revision des Friedens von Versailles im Sinne der Gerechtigkeit und für den Wiederaufbau der Weltwirtschaft im Geiste der Völkersolidarität geltend zu machen. Während die Konferenz tagte, traf aus Berlin eine Nummer der unabhängigen „Freiheit" ein, in der Karl Kautsky mit ausgezeichneten Gründen für die Koalitionspolitik eintrat.

Die sozialistische Fünfländer-Konferenz von Frankfurt a. M. wurde auf diese Weise zu einem Beweisstück für die Richtigkeit der sozialdemokratischen Politik. Sie wird der sozialistischen Bewegung in allen Ländern einen mächtigen Antrieb geben und hoffentlich in nicht ferner Zeit auch praktische Ergebnisse im Interesse des arbeitenden Volkes zur Folge haben.

Antje Möller.

Roman von

Kurt von der Elber.

(56. Fortsetzung.)

So wurde es eine ziemlich schweigsame Fahrt. Einmal mußten sie unterwegs einkehren, die Pferde wurden gefüttert. Rolf trat mit seiner Tochter in die Schenkstube. Er trank einen Weingrog und ließ auch Andrees einen herausbringen.

Nach einer Viertelstunde ging die Fahrt weiter. Andrees fuhr, und Rolf zeigte ihm den Weg. Sie sprachen Dinge, die die Landwirtschaft betrafen. Wiebke wurde die Zeit endlos lang.

Endlich, nach einer fast fünfstündigen Fahrt, drehte sich der Vater nach ihr um, wies auf ein entfernt liegendes, von Bäumen verstecktes Haus und sagte: „Da liegt Heisternest." Der Wagen fuhr einen schmalen, sandigen Landweg entlang. Der Weg war so eng, daß Wiebke vom Wagen aus die Zweige der Nußbäume zu beiden Seiten des Wagens greifen konnte; sie fühlte nur keine Lust zu solchem Beginnen.

Keine Menschenseele war zu sehen. Kein Fuhrwerk begegnete ihnen, und das war gut; denn es wäre kein Raum zum Ausweichen gewesen.

Sie kamen nur langsam in dem tiefen Sande vorwärts. Vor ihnen lag ein Feld, in dem das Winterkorn keimte und grüne Halmchen trieb. „Wie fruchtbar die Gegend hier ist," dachte Wiebke. Und als sie dies dachte, blickten ihre Augen auf ein großes, weites, braunes Brachfeld, auf dem nicht ein bißchen grünes Leben sprießte.

Endlich hielt der Wagen unter den hohen Eschen Heisternests, vor dem großen, niedrigen, schilfbedeckten Hause.

Wiebkes Blick glitt an den kleinen, buntschillernden Fenstern entlang, bis zu dem Dachfenster, in dessen offener Höhlung ein Strohwisch steckte, und weiter hinauf bis zu dem Storchnest auf dem Giebel.

Die Männer stiegen vom Wagen herunter, und Wiebke folgte ihnen ins Haus. Drinnen rührte sich nichts; es schien wie ausgestorben zu sein. Als sie die Haustür öffneten, flatterte eine Henne gackernd empor und suchte den Weg nach der Küche.

Die Angekommenen folgten ihr. Sie guckten in die Stuben und Kammern und gingen weiter in den Stall. Dort trafen sie Mutter Gitta mit ihrem Strickstrumpf auf einem Melkstuhl bei der Kuh sitzen; zu ihren Füßen schnurrte eine Katze, und nebenan grunzte das Schweinchen. Die Alte, welche sich wohl allein in dem großen Hause gefürchtet hatte, fühlte sich augenscheinlich bei ihren Tieren am wohlsten.

Sie hörte nicht die Kommenden und strickte emsig weiter. Erst als Rolf Andersen sie am Arm faßte und laut anrief, blickte sie auf. Es mußte ihr erst ins Ohr geschrien werden, daß ihre Herrschaft angekommen sei.

Es waren noch keine zwei Wochen vergangen, seitdem Rolf sie verlassen hatte, aber diese Tage schienen Jahre gewesen zu sein. Die Alte hörte viel schlechter als das letzte Mal, und ihre Augen schienen halb erloschen zu sein. Körperlich war sie noch ganz rüstig; sie eilte, so schnell es ihre alten Beine erlaubten, ein Mittagsmahl zu bereiten.

Bald stand ein duftender, dicker Speckpfannenkuchen auf dem Tisch, außen goldbraun, innen bottergelb und locker. Dazu gab es gebratene Kartoffeln und rosenroten Schinken.

Sie setzten sich um den runden Tisch; der Bauer, Wiebke, Gitta und Andrees. Letzteren rief der Bauer selbst herein.

Wiebke wollte protestieren, der Knecht gehöre nicht an den Herrschaftstisch. Aber sie überlegte, daß dann auch Gitta nicht an dem Tisch essen dürfte, und daß sie dann gezwungen wäre, Tag für Tag allein zu essen und für drei Personen zwei Tische einzurichten.

So schwieg sie, und Andrees saß bei Tisch ihr gegenüber. Sie beobachtete ihn scharf. Er saß da, als hätte er zeitlebens am Herrschaftstisch gegessen, und zeigte keine Spur von Befangenheit. Er zerschnitt alles, was er auf dem Teller hatte, legte dann das Messer beiseite und aß.

Endlich war das Essen vorbei. Die Männer gingen hinaus. Wiebke erhob sich, um sich im Hause ein wenig umzusehen.

„Das ist wohl der Bruder?" fragte Gitta. Sie meinte Andrees. Sie hatte nicht alles verstanden, was ihr der Bauer ins Ohr geschrien hatte.

„Nein, das ist der Knecht," sagte Wiebke so laut, daß nicht nur Gitta, sondern auch Andrees draußen es hörte.

Rolf machte mit dem jungen Mann noch einen kleinen Rundgang durchs Feld. Er sah nach den Wolken, die am Himmelsrande segelten, er blickte empor nach den Elstern, die in den Bäumen saßen und kreischten.

„Es muß manches hier fallen," sagte er, „die Bäume sind über das Haus hinausgewachsen, und das Raubvogelzeug nimmt überhand. Ich glaube kaum, daß selbst im schönsten Sommer ein Sonnenstrahl in das Haus fällt. Tue, was dir gut dünkt. Tue alles gerade so, als ob du es für dich selber tätest; ich hoffe, Heisternest wird dir noch mal eine Heimat werden. Ob Wiebke es hier lange aushält, weiß ich nicht. Es wäre mir lieb, wenn sie ein oder zwei Jahre hier bliebe, bis sich auf Rethwischhof die Sache geändert hat, so oder so. Tue ihr alles zuliebe, Andrees, sie ist ja mein einz— — mein Kind —, aber laß dir nichts befehlen von ihr. Du bist jetzt der Verwalter und kein Knecht.

Als er am Morgen Abschied von Wiebke nahm, zog er sie beiseite. „Sei nett zu Andrees," sagte er, „jetzt ist er nicht mehr Knecht, sondern Verwalter. Du brauchst dich nicht zu schämen, mit ihm an einem Tisch zu sitzen und mal ein Wort mit ihm zu sprechen."

„An meiner Stellung ihm gegenüber ändert das gar nichts," entgegnete Wiebke; „meinetwegen mag er mit am Tisch essen. Im übrigen kümmere ich mich nicht um ihn."

Als Rolf abfuhr, standen sowohl Wiebke als auch Andrees vor der Tür, und als er sie so nebeneinander stehen sah, wie dafür geschaffen, nebeneinander durchs Leben zu gehen, glitt ein Lächeln der Befriedigung über seine Lippen. Er wußte sie beide in gegenseitiger guter Obhut.

Es war doch ein merkwürdiges Leben auf Heisternest. Wohl war es auch auf Rethwischhof düster gewesen, kein freundlicher Geist hatte dort geherrscht, aber der graue Alltag mit seinem nüchternen Einerlei hatte die dunklen Gespenster in Schach gehalten. Es gab nichts Unheimliches und Rätselhaftes auf Rethwischhof, keine Spukgestalt, kein Gespenst.

Hier auf Heisternest war es anders. Morgens schon wurde Wiebke durch das Schreien und Kreischen der Elstern geweckt. Sie lag dann lange wach und horchte auf das Rauschen der Pappeln und Eschen. Kein Sonnenstrahl kam, um sie zu wecken. Die hohen Bäume umgaben das Haus gleich gewaltigen, finsteren Mächten. Wohin Wiebke auch blickte, morgens, abends oder selbst am hellen Mittag, immer erschien ihr Heisternest unheimlich in seiner Einsamkeit und seiner seltsamen Umgebung.

Wiebke überlegte, womit sie den Tag ausfüllen sollte. Zuerst kam die Hausarbeit; die war bald getan, da sie ihrer zweie waren. Andrees überwachte Stall und Feld. Das Essenkochen wollte sie selbst besorgen. Am Nachmittag ein wenig Handarbeit machen, abends etwas lesen, inzwischen mal ein bißchen spazieren gehen.

Aber sie merkte bald, es wurde ein langer Tag. Hier gab es keine Zeitungen, keine Nachbarinnen. Man konnte nicht ins Dorfg ehen. Es gab keine Neuigkeit zu besprechen, keine Dienstboten, über die man sich ärgern konnte. Man ging des Sonntags nicht in die Kirche.

Im Grunde genommen war es gut, daß sie hier war. Sie konnte so ungestört den Gedanken an ihre unglückliche Liebe nachhängen und brauchte nicht täglich, stündlich Zeuge zu sein, wie Ingeborg mit ihren glitzernden Augen und ihren schönen Worten den Vater umgarnte, wie sie die Herrin spielte und stolz und sicher auf dem Lehnstuhl zu Rethwischhof thronte.

Ach, es war gut so, wie es war!

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220301-14/fragment/page=0002

Der französische Militär-Wahn.

Berechtigtes und unberechtigtes Mißtrauen. — Die Unterschätzung der Stärke der deutschen Arbeiterklasse. — Frankreich will auch in Friedenszeiten ein starkes Heer behalten.

Paris, 1. März. In der gestrigen Kammersitzung wurde die Besprechung des **Gesetzentwurfes betreffend Rekrutierung** des französischen Heeres eröffnet. In der Debatte erklärte **Berichterstatter Fabry**, alle Kammermitglieder seien Anhänger der kürzesten Dienstzeit, die möglich sei. Die Herabsetzung der Dienstzeit auf ein Jahr sei gewissen politischen Dingen untergeordnet, die die Regierung und das Parlament stellen müßten, so u. a. **der Organisation einer ständigen Kontrolle in Deutschland**, der Schaffung eines neuen **Schutzvertrages**, der Vorbereitung von Interventionsmitteln für den Völkerbund. **Der Heeresausschuß sei der Ansicht, daß die 18monatige Dienstzeit nötig sei, eben wegen der politischen und technischen Bedingungen, die noch nicht erfüllt seien. Die materielle** Entwaffnung **Deutschlands inbezug auf seine Kriegsmittel** sei **durch die Kommission Nollet in befriedigender Weise durchgeführt. Sie werde es bleiben, solange die interalliierte Kontrolle ständig** ausgeführt **werden könne. Allerdings gebe es noch viele versteckte Waffen in Deutschland.** Der Berichterstatter spricht alsdann von der industriellen Mobilisierung Deutschlands, die noch sehr gut organisiert bleibe. Die deutsche Zivilflugzeugindustrie werde **sich nun aufs neue entwickeln können. Hier sei die** Verantwortlichkeit **der Alliierten direkt engagiert und die Notwendigkeit** einer ständigen strengen Ueberwachung könne nicht abgeleugnet werden. Der Berichterstatter spricht alsdann von den deutschen Hochschulen, **den** deutschen Beamten, den deutschen Richtern **und von dem Deutschland, dem auch** das Heer angehöre. Dieses Deutschland in Verbindung mit der Schwerindustrie **predige den Haß gegen Frankreich** und die Revanche. Stinnes und Ludendorff seien seine offiziellen Vertreter. Es gebe auch ein anderes Deutschland von dem hauptsächlich in den arbeitenden Klassen gesprochen werde, aber diese Leute würden selbst eingestehen, wenn man sie frage, daß sie gegenüber dem ersteren ohnmächtig (!?) seien. Redner bespricht dann die Organisation der Reichswehr, der Schupo und der Teno. Deutschland verfüge über mindestens 250 000 Mann hervorragender Cadres, von denen 100 000 Mann in der außerordentlich **vervollkommneten Armee und 150 000** Mann in **Formationen eingeteilt** worden seien, **die für eine** rasche Mobilisierung **ausgerüstet würden.** Diese **Bedrohung entspreche** keineswegs der, die entstehen würde, wenn der Friedensvertrag nicht **ausgeführt werde. Also müsse ständig kontrolliert werden** und man müsse **eine** Politik auf lange **Sicht** betreiben. **Das** Gleichgewicht **in Mitteleuropa** könne **nicht gestört werden**, **solange** Frankreich **am Rhein** stehe **und gegenüber Deutschland** eine genügend starke **Militärmacht besitze. So bleibe die Notwendigkeit eines starken Heeres auch in Friedenszeiten.** Die Kammer müsse sich einmütig **für die erforderliche Heeresstärke aussprechen.**

*

Das französische Mißtrauen **gegen die nationalistischen Kreise in** Deutschland ist durchaus berechtigt. Nicht berechtigt aber ist die Auffassung von der Ohnmacht der deutschen Arbeiterschaft. Wir **sind überzeugt, daß die angebliche Ohnmacht der deutschen** Arbeiterklasse nur vorgespiegelt wird, um einen plausiblen Grund für die weitere Besetzung der Rheinlande und „die Notwendigkeit eines starken Heeres auch in Friedenszeiten“ zu haben. Das wird **Frankreich jedoch nicht von der** Schuld reinwaschen, dem **Militarismus und seinen industriellen** Nutznießern zuliebe, **die** Verständi**gung mit Deutschland zu** erschweren **oder** gar **zu verhindern.**

Wirtschaft.

Dollar 227,5.

Im Berliner Devisenmarkt war am Dienstag das Geschäft sehr gering. Es zeigte sich ein etwas stärkeres Angebot im Hinblick auf die am 1. März in Kraft tretende Devisenordnung. Amtlich notierten: **Kabel Newyork** 227½, London 1009, Amsterdam-Rotterdam 8675. Am Effektenmarkte war das Geschäft anfangs ebenfalls nicht sehr lebhaft, später zeigte sich jedoch eine stärkere Unternehmungslust der Spekulation. **Es sind z. T. wieder** erhebliche Kurssteigerungen eingetreten. Besonders **bevorzugt** waren chemische **und elektrotechnische Werte, Maschinenbau- und** Bankaktien.

Aus aller Welt.

Nochmals Peter Grupens Flucht.

Im Laufe **der Untersuchung verwickelt sich die Fluchtaffäre Peter Grupens** immer mehr. Während Grupen **bisher** immer **behauptet hatte, er habe sich während seiner Abwesenheit aus dem Gefängnis in einer Privatwohnung in der Wilhelmstraße aufgehalten, tritt er jetzt mit der Behauptung hervor, daß er das Gefängnisgrundstück gar nicht** verlassen, sondern sich **vielmehr im Blitzableiterschacht** im Hofe **verborgen gehalten habe. Ob** diese Angaben nun richtig sind, **läßt sich natürlich noch nicht sagen. Es ist aber nicht zu verkennen, daß für die Angaben verschiedene Momente sprechen. So war** Grupen, **als er sich abends stellte, ausgehungert, er hatte auch keine Schuhe an, und die** Beschaffenheit seiner Strümpfe sprechen nicht dafür, daß er den ganzen **Tag ohne Fußbekleidung herumgelaufen sei. Es herrscht aber wohl kein Zweifel, daß er die** Flucht **seit längerer Zeit sorgfältig vorbereitet hat.** Seine **Behauptung, er habe damit** eine leere Kundgebung **für seine Unschuld veranstalten wollen, ist unglaubwürdig.**

Uebrigens sei erwähnt, daß an Grupen sehr viel Zuschriften von Damen ankommen! Blumen und Schokolade gehen für Grupen sehr viel ein, werden ihm indessen nicht ausgeliefert. Die Untersuchung wegen des Verschwindens der **Frau Grupen ist noch** nicht so weit vorgeschritten, daß schon ein **Termin für die Verhandlungen vor dem Altonaer** Schwurgericht **festgesetzt werden** konnte.

Den eigenen Mann ermordet. In dem Nachbarorte von Bischofswerda, Burkau, wurde gestern früh **der Landwirt Kotte in seiner Wohnung** erschlagen aufgefunden. **Als Täter wurden seine Frau und deren** Mutter **verhaftet. Kotte** war erst seit **6 Wochen verheiratet.**

Provinz und Umgegend.

Die neu eingestuften Ortsklassen.

Die Ortsklassennachprüfungen haben stattgefunden. Nach Zustimmung des Reichsrates ergibt sich **folgendes Bild:**

Saalkreis.

Ortsklasse A: **Diemitz, Beesen.**
Ortsklasse B: Büschdorf, Dölau.
Ortsklasse C: Cönnern, Wettin, Löbejün, Schlettau **bei Wettin,** **Lochau.**
Ortsklasse D: Brachstedt, Brachwitz, Domnitz, Krosig und Gottgau.

Mansfelder Seekreis.

Ortsklasse C: Alsleben, Belleben, Eisdorf, Unterrißdorf.

Mansfelder Gebirgskreis.

Ortsklasse D: Friesdorf, Hermerode, Blumerode.

Kreis Querfurt.

Ortsklasse C: Querfurt, Nebra, Roßleben.

Kreis Sangerhausen.

Ortsklasse C: Roßla, Berga, Kelbra, Stolberg, Heringen, Bielen, Sundhausen.
Ortsklasse D: Bennungen, Tilleda, Uftrungen, **Rottleberode, Ritteburg, Schönfeld, Gehofen,** Voigtstedt, Oberröblingen **(Helme), Beyernaumburg, Holdenstedt.**

Kreis Weißenfels.

Ortsklasse B: Großkorbetha, Wengelsdorf, Granschütz, **Gröben, Webau, Kraßlau,** Leina, Keutschen, Muschau, **Oberwerschen, Pirkau, Runthal, Unterwerschen,** Zembschen, Gosserau.
Ortsklasse C: Osterfeld, Waldau.
Ortsklasse D: **Schkölen, Zschorgula, Haardorf, Romsdorf, Gniebendorf, Plennschütz.**

Kreis Naumburg.

Ortsklasse B: Naumburg.

Kreis Zeitz.

Ortsklasse B: **Aue, Aylsdorf.**
Ortsklasse C: **Crossen.**
Ortsklasse D: **Torna,** Giebelroth, Kl.-Pörthen, **Wadewitz, Goernitz, Roda, Tanna, Schkauditz, Heuckewalde, Weißenborn, Schlottweh, Braunshagen, Hohenkirchen, Wernsdorf, Brockau, Mohlen, Dietendorf,** Dragsdorf, Nauendorf.

Kreis Merseburg.

Ortsklasse A: Merseburg, Leuna, Papitz-Modelwitz.
Ortsklasse C: Wehlitz, Collenbey.

Kreis Delitzsch.

Ortsklasse D: Crensitz, Crostitz-Hohenleina, Zschortau, Rackwitz, Modrehna.

Kreis Torgau.

Ortsklasse C: Annaburg.
Ortsklasse D: Prettin, **Zeckritz-Zschackau, Hintersee,** Lichtenburg.

Kreis Wittenberg.

Ortsklasse C: Zahna, **Schmiedeberg.**
Ortsklasse D: Listerfehrda, **Blönsdorf, Prühlitz,** Elster.

Kreis Bitterfeld.

Ortsklasse A: **Bitterfeld.**
Ortsklasse B: **Burgkemnitz.**
Ortsklasse C: Düben **mit Patschwig.**
Ortsklasse D: **Hüdenberg, Grammin.**

Kreis Eckartsberga.

Ortsklasse C: Donndorf.
Ortsklasse D: Lossa, Billroda, **Bibra, Oberheldrungen.**

Kreis Liebenwerda.

Ortsklasse C: Falkenberg, Uebingen, Liebenwerda, Weinberge, Neudobra, Elsterwerda, Biehla, Krauschütz, Plessa, Hohenleipisch.
Ortsklasse D: Diasdo, Wiederau, **Kotschka, Haida, Zobersdorf, Prieschka,** Thaisa, **Thalberg, Burxdorf, Würdenhain, Prösen Kahla, Kraupa, Dreska.**

Kreis Schweinitz.

Ortsklasse D: Altherzberg, Schlieben, Schönewalde, Holzdorf, **Schweinitz.**

*

Ueberteuerungszuschüsse werden im Eisenbahndirektionsbezirk Halle gezahlt: Petershain, Plessa (0,90), Weißwasser (0,75), Oberröblingen, Pegau, Profen, Eythra, Bornitz (0,70), Bitterfeld, Muldenstein (0,60), Dobern, Halle S. (0,50), Mückenberg, **Ruhland, Corbetha (0,40),** Senftenberg, **Groß-Räschen, Hoyerswerda (0,30)**

Bitterfeld—Delitzsch.

Hohenmölsen. Konfirmation oder Jugendweihe? Da die hiesige Ortsgruppe **prolet. Freidenker auch in diesem Jahre wieder** eine Jugendweihe **veranstaltet,** und die vorjährige immer **noch in bester** Erinnerung steht, ist zu erwarten, daß diese Veranstaltung, die gesamten Schulentlassenen der hiesigen organisierten Arbeiterschaft umfassen wird. Nach dem Ergebnis der bisherigen Anmeldungen ist aber immer noch an einem solchen Resultat zu zweifeln. Es **hat vielmehr den Anschein, als** wenn in den Kreisen der hiesigen **Arbeiterschaft der volksfeindliche** Einfluß der **Kirche noch nicht genügend erkannt worden ist.** Um hier Aufklärung zu bringen, ist für Sonntag, **den 5. März,** nachmittag 3 Uhr im „Schützenhaus“ Hohenmölsen eine öffentliche Versammlung einberufen worden, in welcher Lehrer Kluge (Leipzig) über das **Thema: „Konfirmation oder Jugendweihe“** sprechen wird. Es ist Pflicht aller Arbeitereltern, **ganz gleich,** welcher Partei sie angehören, in dieser **Versammlung zu erscheinen. Auch** die Herren Pastoren und Lehrer **werden ganz ergebenst** eingeladen und aufgefordert, sich an der **Diskussion** lebhaft zu **beteiligen.**

Zörbig. Freidenkerversammlung. **Einen gut besuchten** Saal **hatte am Sonnabend wieder die hiesige Ortsgruppe** proletarischer Freidenker. **Es sprach im Schützenhaussaale** Gen. **Kuckuck-Halle** über „**Religion und Schule**“. **Redner** beleuchtete **eingehend den Lehrstoff des Volksschulreligionsunterrichts** und **zeigte an krassen** Beispielen, **wie wenig geeignet** die dort dargebotenen biblischen Geschichten und **Sprüche** sind, Menschen zu erziehen die später einmal **eine neue Welt, die Welt** des Sozialismus **aufbauen** können. **Ferner wies er nach,** wie der ganze **Volksschulunterricht** heute **überhaupt** noch **unter** dem Banne des **Glaubens steht, während dem Schüler höherer Lehranstalten nicht Glauben** sondern **Wissen geboten wird. Gerade in diesem Unterschiede zeige es sich, daß das Proletariat lediglich durch** den **Kirchenglauben** und den **Religionsunterricht** beherrscht und **niedergehalten werden** soll. **Darum** gelte **es, sich** frei zu machen von der **Kirche** und vor allem die **Kinder** nicht dem Religionsunterricht auszuliefern. — **Die Freidenkergruppe** konnte wieder eine Reihe neuer **Mitglieder in ihren Reihen** begrüßen.

Gr. Möhlau. Oeffentliche Frauenversammlung. **Am Mittwoch, den 22. Februar sprach hier die Genossin** Röpert (Halle) **in einer gutbesuchten Frauenversammlung** „Ueber Mittel und Wege zur Beseitigung der **heimlichen** Abtreibung **der Leibesfrucht**“. In klaren deut-

Vom Wesen der neuen Raumbewegungskunst.

Zur Eurythmie-Matinee am 5. März im Stadttheater in Halle.

Von **Fritz Franke,** Studienrat.

Der heutige **Mensch steht der Zukunft, für die eine geistigere** Weltanschauung **sich schon immer deutlicher voraus verkündet,** in ratlosem Nichtverstehen **gegenüber.** Darum **sei es gestattet,** einer **neuen, jungen Kunst, aus geistigem Welterkennen geboren, einige** Worte der Einführung zu widmen. Die Eurythmie **geht aus** und wird gepflegt **von der freien Hochschule** für Geisteswissenschaft, dem Goetheanum in Dornach. Wie im **Gebiete des** Dramatischen die Schauspielkunst **Musikalisch-deklamatorisch-rezitativisches** mit **Malerisch-plastischem so verbindet, daß diese Elemente** des **Künstlerischen in lebendiger Bewegung** vor **uns treten,** so gestaltet **Eurythmie auch Lyrisches** und **Episches aus dem** geistigen **Wesen der Sprache** heraus in **solcher Weise, daß das im Laut** und **Gedanken als dichterische Sprache tönend gewordene Seelisch**-geistige **sich räumlich anschaubar vor unser Auge stellt und mit**schwingen läßt in **uns all das,** was **beim Sprechen an innerer** Bewegung **in uns vor sich geht.** Nicht **ein beliebiges Bewegen** der **Glieder aus subjektiven Gefühlsschwingungen** heraus sehen wir, sondern künstlerisch **formt der Körper als ganzes im Raum nach, was nach geistig geordneten Gesetzen der Kehlkopf beim** Sprechen **in unbewußter Weisheit an lautschöpferischen Bewegungen vollzieht.** Eurythmie ist eine in den **Raum** hinausgesetzte künstlerische **Sprache;** der **ganze Mensch wird bewegtes** Organ dieser Sprache.

Das Seelisch-schwingende des **Wortes gestaltet sich zu** Bewegungsformen, **die auf dem Erdboden gegangen werden** und so in seelische Form **zusammenfassen, was Arme und Hände als ein**zelne Laute **nachschaffen;** und in **harmonisch rhythmisierte** Figuren fließt, **sichtbar aus, was geistig bindend als Gedankliches das** Kunstwerk **trägt.** Die unendliche **Mannigfaltigkeit** dichterisch strömenden **Gedankenreichtums läßt sich da anschaubar zum** Ausdruck bringen, wenn **Gruppen** von **Menschen,** getragen von den im Kunstwerk **wohnenden Gesetzen,** sinnvoll **sich bewegen und dem Auge** sichtbar **das gleiche wirken,** was **geistig der Dichter** erlebte, als er das **Kunstwerk** schuf, und was das Ohr **erfaßt** und in unsere Seele hineinschwingen läßt, wenn die **Dichtung** ertönt und uns zu **nachschaffendem Miterleben** aufruft. **Nicht** also **rein** subjektive Willkür persönlichen **Gefühls** versucht den Stimmungsgehalt **eines Tonstücks oder Gedichts tanzend** nachzuerleben, sondern jene **etwas geistigen Gesetze,** die der **Künstler** dem **schöpferisch** gestaltenden **Wirken im All der Natur ablauscht, die er erfassen und um**formen kann, weil **sie auch in ihn selber** wie in jeden Menschen **aufbauend,** erhaltend und **belebend hineinwirken,** ihnen spürt Eurythmie **nach.**

Was im Klang der Sprache, im Spiel **der Farben, im Wogen** der Musik, **was im organischen Werden der Pflanze wie des** Menschen in **der Sphärenharmonie** des **Planetenganges sich** offenbart an ewigen, **mathematischen Gesetzen, es sind alles die gleichen** Weltgedanken, **deren Nachklang und Abglanz im Irdischen die großen Künstler aller Zeiten in immer neuen vergeistigten** Formen **uns zu zeigen nicht müde werden. Denn sie, die ihr eignes** Wesen so **überwältigend** erleben als einen **Widerklang des Schöp**ferweltenwesens, sie wissen, wie bitter not uns Menschen **des Alltags diese tragenden ewigen Wahrheiten sind, von denen sie** begeistert singen. **Und heut will am künstlerisch schaffenden** Weltenwort **aus einer tiefen Sehnsucht heraus teilhaben der Mensch** nicht nur mit einem Teile seines Wesens, sondern **als ganzer, handelnder,** mitschaffender **Organismus. Wer heute Goethe lesen** kann, ohne daß es in ihm **mitauschwingen beginnt bis in alle Glieder** hinein, der lasse es lieber bleiben. **Nicht Gedankenseelen,** die in **Mumien leben, brauchen wir heute, sondern Menschen,** in denen künstlerischer **Rhythmus noch Bewegung sein kann als Erlebnis ihres lebendigen Körpers. Menschen,** in denen **Schöpfergeist** lebendig **wieder erwacht bis in den Träger des seelisch-geistigen** Wesensteils **hinein, den so kunst- und weisheitsvoll erbauten** Menschenleib.

Wem es wie mir **vergönnt war,** das **Werden** der jungen **Kunst,** diesen **Zielen** lebt, **in den letzten Jahren** zu **verfolgen** und sie selber in **ihren Anfängen auszuüben,** der **hat gesehen,** was für **Entfaltungsmöglichkeiten** in ihr **ruhen,** und **empfindet als** Gewißheit, daß ihr eine Zukunft gehört, die sie als eine neue, **gleichberechtigte** Kunst **stellen wird** neben ihre **alten Schwester**künste.

Der Beruf der Geisha.

Unsere landläufige Vorstellung von dem **Beruf einer Geisha** geht wohl dahin, ihn dem **einer europäischen Kellnerin** ungefähr gleichzustellen. Damit **wird** allerdings **nichts** weiter als das rein äußerliche Moment einer **bedienenden Hebe,** und auch **dieses** nur recht unvollkommen **bezeichnet.** Denn während eine **Kellnerin bei uns mit einem geschickten Servieren** und — **wenn es sein kann** — **mit einem hübschen** Gesicht **ihre** Aufgabe **gelöst** hat, stellt der Japaner an eine **Geisha** doch weit **höhere** Ansprüche. Carl Hagemann umschreibt diese in seinem Werk „**Spiele der Völker**“ aus **persönlichen Eindrücken, nach denen der Beruf** einer **Geisha im japanischen Teehaus durchaus** nicht **leicht** erscheint. **Es nennt ihn wohl schlechthin den Beruf des schönen Mädchens, aber außer Schönheit und der Kunst, ihre natürlichen Begabungen richtig, d. h. stil- und geschmackvoll zu rahmen, müssen bei einer Geisha noch allerlei weitere Talente da sein, deren Durchbildung ein sehr** langes, **intensives und systematisch geordnetes Studium erfordert. Die Mädchen** sollen **nämlich außer ihrer technischen Geschicklichkeit in allen Handreichungen verschiedene Instrumente spielen, sollen singen, tanzen und plaudern können. Die Geisha muß ihrem Gast mit dem Tee und der Reisschüssel sofort auch die nötige Unterhaltung zu geben in der** Lage **sein. Und sie** tut **beides mit vollendetem Schliff: mit dem ganzen** Zauber **ihrer kleinen, aber feinen Persönlichkeit,** mit der so subtilen **Schulung ihres nicht sehr tiefen, aber graziösen Geistes und** jener **ein wenig** angelernten, immer aber **anmutigen Fröhlichkeit,** die, von ganz **besonders** leiser **und schwebender Art,** der **Japanerin wie eine Maske vor ihrem eigentlichen Wesen liegt. Dabei weiß sie** ganz genau, **was sie selbst bedeutet, und welche Aufgabe sie durchführen soll, und spielt diese ihre Rolle mit der ganzen Begabung** des Japaners für jede Art **von bedingter Korrektheit. Sie** ist Amüseurin aus **Beruf. Aus Neigung manchmal, immer aus Ueberzeugung. Das orientalische Weibchen in seiner mildesten Prägung für die Pflege, Lust und Zerstreuung heischenden Mann.** Alles **dies geschieht durchaus** unpersönlich. **Allerdings** ist auch das **Herz** einer kleinen Geisha **nicht von Holz. Und** hat deshalb **manchmal** unter **ihren Gästen einen Freund,** der dann **oft nach recht** langer **Werbe- und Wartezeit über** all die **hübschen Lieder und** Tänze **hinaus** ihre besondere Gunst **genießt. Aber damit verliert sie sich selbst** keineswegs, sie weiß vielmehr **eine** mittlere **Wohlanständigkeit** im allgemeinen sicher und wirksam zu betonen.

Mit sechzehn Jahren darf eine Geisha ihren Beruf völlig **versehen. Die jüngeren, die noch nicht fertig ausgebildet** sind, **demnach aber,** für **untergeordnete Dienste,** schon mit in die **Tee- und Bankettäuser gehen dürfen, heißen Hangyoku,** d. h. **halber Preis,** weil man **nur die Hälfte des Normalsatzes** für sie zu zahlen braucht, oder Oshaku, d. h. Einschänkerin, **weil sie vorzugsweise zum Nachfüllen der Sakeschalen** und **zum Herumreichen der Speisen verwendet werden.** Im übrigen **müssen auch sie** schon tanzen **und bei Instrumentalvorträgen** die **Trommel,** die **sogenannnte Taiko,** schlagen, was sie mit **aparter Grazie zu tun pflegen. Singen und Shamisenspielen** ist **ausschließlich** Sache **der älteren, der eigentlichen** Geishas

Neues von Wilhelm Busch.

Albert **Vanselow hat im Archiv des Künstlervereins** Jung-München, dem der junge **Wilhelm Busch** als **eifriges** Mitglied **angehörte, die Kneipzeitung aufgestöbert und in ihr** bisher **unbekannte Beiträge Buschs ermittelt.**

Wenn andere klüger sind als wir,
Das macht uns selten nur Pläsier,
Doch die Gewißheit, daß sie dümmer,
Erfreut fast immer.

Ich hörte mal, daß man Verdruß
Womöglich streng vermeiden muß.

Vergebens predigt Salomo,
Die **Leute machens doch nicht so.**

Obgleich die Welt ja, sozusagen,
Wohl manchmal etwas mangelhaft,
Wird sie doch in den nächsten Tagen
Vermutlich noch nicht abgeschafft.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220301-14/fragment/page=0003

Nähen Worten schilderte die Rednerin die seit Jahrhunderten eingebürgerte Unsitte, welcher Tausende von Frauen und Mädchen zum Opfer fallen. In den meisten Fällen ist es die bittre Not, die die Frauen zu diesem Schritt treiben, denn fast alle Opfer kommen aus den Schichten der arbeitenden Klasse. Die Frauen aus den höheren Schichten verstehen es eben besser, Kraft ihres Geldes sich alle Türen offen zu halten. Aufmerksam hörten die Frauen den klaren Ausführungen der Genossin Röpert zu. Es wurde folgende Resolution angenommen. „Die am 22. Februar in Gr. Möhlau stattgefundene Frauenversammlung hat Kenntnis genommen von dem Antrag der Frau Bohm-Schuch, Dr. Grotjahn, Radbruch und Genossen, die zahlreich Versammelten unterstützen den Antrag und ersuchen den Bevölkerungsausschuß die berechtigten Forderungen der Arbeiterfrauen zu berücksichtigen." Zum Schluß fordert Genossin Röpert die Versammelten auf, ihre Stimme bei der nächsten Reichstagswahl nur der Partei zu geben, welche ihre berechtigten Forderungen im Parlament vertritt, das ist in diesem Fall einzig und allein die Sozialdemokratie, denn sämtliche bürgerliche Abgeordnete haben diesen Antrag rundweg abgelehnt.

Sport und Körperpflege.

2. Kreis (6. Bezirk) des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Sonntag, den 12. März, vorm. 8½ Uhr findet in der Johannisschule (Liebenauerstraße) Bezirksvorturnerstunde statt. Gruppen-, Spiel- und Sportleiter haben zu erscheinen. Gleichzeitig haben auch die Turnerinnen vollzählig zu erscheinen. Keulen sind mitzubringen, alles vollzählig und pünktlich.

Turn- u. Sportverein „Fichte-Halle". Sonnabend, den 4. März treffen sich alle Mitglieder abends 6½ Uhr auf dem Riebeckplatz zu einem Turnausflug nach Canena. Turnsachen sind mitzubringen.

Fußball-Abteilung. Mittwoch, den 1. März, abends 7½ Uhr im „Volkspark" Mitgliederversammlung. Vorher 6½ Uhr Besprechung der Schülermannschaften. Die noch fehlenden Schülerkarten sind mitzubringen. Dortselbst werden Neu-Aufnahmen entgegen genommen.

Sonntag, den 5. März, ab vorm. 9 Uhr (auf dem Sandanger) Trainieren sämtlicher Mannschaften. 10 Uhr: Uebungsspiel der 1. Schülermannschaft — 2. Schülermannschaft.

Briefkasten der Redaktion.

100 Rohbach. Der Mieter kann zu den Kosten der Reparaturen herangezogen werden. In Streitfällen entscheidet das Mieteinigungsamt des Kreises.

Voraussichtliches Wetter. Donnerstag: Wolkig, zeitweise heiter. Regenschauer windig, am Tage wenig verändert.

Verantwortlich für leitenden Artikel, Politik und Feuilleton: F. O. H. Schulz, für Lokales Gewerkschaftliches und Genossenschaftliches: Paul Täumel, für Provinzielles und Allgemeines: Karl Garbe, für Anzeigen und Verlag: Wilhelm Herzig, sämtlich in Halle.

Wir zeigen in unseren Schaufenstern und Innen-Auslagen

die neue Frühjahrs-Mode.

Wir bringen

hervorragend günstige Angebote in Damen-Konfektion.

Unsere grosse **Spezial-Abteilung**
Damen-Putz
bringt reizende schicke
Frühjahrs-Moden.

NUSSBAUM
Das führende Kauf- und Warenhaus Halles.

B. B.B. **Beth's Bunte Bühne.**
Tonangebende Künstlerspiele.
Ab 1. März 1922 allabendlich der
:: vollständig neue brillante ::
Elite-Spielplan!

Café Roland
Grosses Bockbierfest!
für reichhaltige Unterhaltung ist gesorgt
Streich-Konzert — Schrammelduett
vom 1.—31. März
zum Ausschank gelangt
ff. Salvator-Bräu.

Kampf gegen Wohnungsnot und Ueberteuerung!
Dies Thema behandelt in einem Lichtbildervortrag Herr Krüger-Chemnitz am
Freitag, den 3. März, abends 8 Uhr im „Volkspark."
Dazu ladet alle Volksgenossen ein
Der Bund der Kinderreichen.

Vereins-Anzeiger
zur
Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen
der Sozialdem. Partei,
Bezirksverband Halle, Hartz 42/44. Fernruf 1611.
Ferner für die dem Allgem. deutsch. Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Gewerkschaften sowie die auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden geselligen Vereine.

Merseburg. Donnerstag, den 2. März, abends 8 Uhr in den „Drei Schwänen" Frauenversammlung. Vortrag der Genossin Röpert-Halle. Erscheinen sämtlicher Genossinnen dringend erwünscht. Der Vorstand.

Liebenwerda. Freitag, den 3. März abends 8 Uhr im „Gesellschaftshaus" Monatsversammlung. Alle tiges Erscheinen ist Pflicht. Der Vorstand.

Sangerhausen. Ortsverein der SPD. Sonnabend, den 4. März in der „Schweizerhütte" Familienabend. Wir machen unsere Mitglieder nochmals hierauf aufmerksam und erwarten vollzähliges Erscheinen. Gleichzeitig sind Freunde und Bekannte hierzu eingeladen. Programme sind beim Genossen Curow, Pfingstgrabenstraße 6 zu haben.

Stadt-Theater
Donnerstag und Freitag
Nichtöffentl. Vorstellung.
Sonnab., den 4. März
Hänsel und Gretel
Für Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.

Operetten-Theater
Nur noch 3 Aufführg.
Allabendlich 7½ Uhr:
Förster-Christ'l
Sonnabend, 4. März
Uraufführung für Halle!
Der
Traum v. Glück
Operette i. 3 Ak. v. Knopf
Sonntag, d. 5. März nachm. 3 Uhr kl. Preise
Hollandweibchen
Kasse ab ½10 Tel. 6183 (ununterbrochen geöffnet)

Besonders billige Angebote
soweit der Vorrat reicht:
1 Posten Erstlingshemden aus Nessel M. 1.25
1 Posten Kinderstrümpfe schwarz, Gr. 8—11 M. 3.50 bis 4.50
1 Posten Herrensocken ..... M. 6.50
1 Posten Herrentrikothemden 30.00
1 Posten Herrennormalhemden ... 45.00
1 Posten weiße Damenhemden ... 37.50
1 Posten Knabensweater in allen Größen
Otto Dobkowitz, Merseburg.

Vernickeln, Erneuern
von Metallgegenständen jeder Art fährt aus
Ferd. Haassengler,
Metallwarenfabrik Barfüßerstr. 9. Telefon 1196.
Gegr. findet 1839.

Stellen finden
Tapezierer- u. Dekorateurlehrling
stellt 1. 4. ein. H. Quente, Thomasiusstr. 10/11

Asthma
Kranken bringt ungestörte Nachtruhe in den meisten Fällen schon schon die erste Behandlung nach System Dr. med. E. Alpe
Spezialbehandlung gegen Asthma, Bronchialkatarrh u. Kehlkopfleiden
Ambulatorium
Halle, Rathausstrasse 89.
10—12 2—5 geöffnet.
Sonntags 10—12.

Transportable eiserne u. Kachel-
Oefen, Kochherde, Gruben, Waschkessel
Christian Glaser,
Gr. Klausstr. 24.
Fernruf 6138.

Große Posten Schuhwaren sowie gebrauchte Militärstiefel
billig zu verkaufen
„Schuhbörse",
Gr. Brauhausstr. 10.

Kolossal billig!
Aus heute und morgen eintreffenden Waggons.
Nur beste lebensfrische Ware.
Große grüne
Heringe 500 g
Pfund nur
Zur Herstellung von Bratheringen und Hering in Gelee sehr geeignet.
Keine Hausfrau darf es versäumen, da bei den steigenden Preisen kaum wieder so billig.
Nordsee, Deutschlands größter Fischhandl.
Fernsprecher: 590 4. 1274. 1275. 4966.
Großer Versand nach auswärts direkt von unserem Versandhaus auf dem Hauptbahnhof.
Für Wiederverkäufer in 100 Pfund-Körben bedeutend billiger.

Schülermützen
von 32 Mark an.
Magazin zum Pfau,
Kleinschmieden 6,
Ecke Gr. Steinstr., am Markt.

Alle Sorten Möbel
sowie
gute Federbetten
billig zu verkaufen.
Frau Thormann, Spitze 13

Kaufgesuche

Piano,
gebraucht, zu kauf. gesucht.
Off. m. Preis u. V. St. 102 an die Exped. d. Ztg.

Mandoline
oder
Laute
gesucht. Off. m. Preis unt. V. St. 104 an d. Exp. d. Ztg.

Trauring-Zentrale Leipziger Str. 1
Eigene Fabrikation daher billigste Bezugsquelle Werkstatt mit elektr. Betrieb.
R. Voss.
Gold- und Juwelen-Fabrik.

Reparaturen an Uhren Golde und Silbermaren, sowie Schmucksach. übernimmt bei 10 jährig. Ausführ. zu normalen Preisen H. Lerner, Uhren-Reparatur-Werkstatt Große Steinstraße 85. (gegenüber Barfüßerpforte).

C. W. Trothe,
Diplom-Optiker
Gegr. 1816
Fernspr. 2916
Gr. Steinstrasse 16.

Geschäfts-Uebernahme.
Einer werten Kundschaft zur gefl. Kenntnis, daß ich das von Herrn Walter Schmidt innegehabte
Konfitüren-Geschäft
Geiststraße 29
käuflich erworben habe. — Um geneigten Zuspruch bittet —
Frau Anna Quellmalz
geb. Köbberitz.

Ich bin bei dem Amts- u. Landgericht in Halle a. S. als
Rechtsanwalt
zugelassen.
Meine Kanzlei befindet sich Große Ulrichstraße 50. Fernspr. 3639.
Dr. Felixbrodt, Rechtsanwalt.

Amtliche Bekanntmachungen Eisleben.

Sprechstunden für das Wohnungs- und Mieteinigungsamt.

Von Montag, den 27. Februar d. J. ab werden die Sprechstunden im Büro des Wohnungs- und Mieteinigungsamtes Herrenstraße 10 Zimmer 8 wie folgt festgesetzt:
Montag, von vormittag 9 Uhr bis 1 Uhr.
Dienstag, von nachmittag 2½ Uhr bis 6 Uhr.
Donnerstag, von vormittag 9 Uhr bis 1 Uhr.
Freitag, von nachmittag 2½ bis 6 Uhr.
Während der obigen Dienststunden ist das Büro für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen.

Der Magistrat.

Mieterverein Eisleben.
Die Sprechstunden finden regelmäßig statt:
Dienstag 11—12 Uhr vorm.
5—7 Uhr nachm.
Freitag 11—12 Uhr vorm.,
5—7 Uhr nachm.
in der Redaktion der Mansfelder Volkszeitung.
Die Geschäftsleitung.
Böttge.

Starke dauerhafte
Rucksäcke
sehr preiswert bei
Hugo Krasemann,
Leder-Spezialgesch.
nur Schmeerstr. 19.

Vermischtes

Zum Schulanfang!
Schul ornister
Schultaschen
Schiefertafeln
Federkasten
Frühstückstaschen
empfiehlt in groß. Auswahl
Albin Hentze,
Schmeerstraße 24.

„Warm zu empfehlen ist Zucker's Patent-Medizinal-Seife gegen unreine Haut, Mitesser.
Pisnl
Knötchen, Pusteln usw. Spezialarzt Dr. W.'s Dazu Zuckoh-Creme (nicht fettend u. fetthaltig). In allen Apoth., Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften erhältlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220301-14/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Arbeiter Jugend. Heute abend 7½ Uhr Teilnahme an der öffentlichen Jugendversammlung im Volkspark. Die übrigen Veranstaltungen fallen aus.

Der Vorstand.

Hallischer Gewerkschafts- und Vereinskalender.

Jugendkartell. Freitag, den 3. d. M. abends 8½ Uhr im Volkspark Vollversammlung.

Jugendliche Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge! Erscheint alle in der heute abend 7 Uhr im Volkspark stattfindenden öffentlichen Versammlung!

Gewerbegerichtsbeisitzer! In diesem Monat findet wieder eine Monatskonferenz statt, doch kann diese umständehalber erst am Mittwoch, den 15 März, abgehalten werden.

Halle und Saalkreisorte.

Halle, 1. März 1922.

Erhöhte Löhne für Gemeindearbeiter.

Lohntafel zum Tarifvertrag vom 5. Mai 1920 für die Gemeindearbeiter der Stadt Halle, mit Wirkung ab 15. Febr. 1922 bis zum 31. März 1922.

Vom 15. Februar bis zum 28. Februar betragen die Löhne für Arbeiter und Arbeiterinnen über 21 Jahren: Handwerker 10,45, Angelernte 10,10, Ungelernte 9,80 Mk., Frauen 7,10 Mk. Jugendliche männliche Arbeiter (Ungelernte) von 14 bis 16 Jahren 4,55, von 16 bis 17 Jahren 5,50, von 17 bis 18 Jahren 6,10, von 18 bis 19 Jahren 7,10 Mk. Jugendliche weibliche Arbeiterinnen von 14 bis 16 Jahren 3,30, von 16 bis 17 Jahren 3,60, von 17 bis 18 Jahren 4, von 18 bis 19 Jahren 4,60 Mk.

Vom 1. bis zum 31. März betragen die Löhne für Arbeiterinnen und Arbeiter über 21 Jahren: Handwerker 11,15, Angelernte 10,80, Ungelernte 10,50, Frauen 7,70 Mk. Jugendliche männliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren 5,05, von 16 bis 17 Jahren 6, von 17 bis 18 Jahren 6,60, von 18 bis 19 Jahren 7,60 Mk. Jugendliche weibliche Arbeiterinnen von 14 bis 16 Jahren 3,70, von 16 bis 17 Jahren 4, von 17 bis 18 Jahren 4,40, von 18 bis 19 Jahren 5 Mk. Arbeiter und Arbeiterinnen vom vollendeten 20. bis 21. Jahre erhalten 20 Pf. und vom vollendeten 19. bis 20. Jahre abermals 20 Pf. für die Stunde weniger als die obigen Grundlöhne. Frauen, die zum Reinigen der Bureaus nur stundenweise beschäftigt werden, erhalten für die Stunde 50 Pf. weniger. Neben obigen Sätzen wird für verheiratete Arbeiter und für Frauen, die die alleinigen Ernährer ihrer Familie sind, sowie für solche mit eigenem Hausstand ein Hausstandsgeld von 70 Pf. für die Stunde gewährt.

Außerdem wird nach den für die Beamten geltenden Grundsätzen ein Kindergeld von 30 Pf. für die Stunde bezahlt

Vorarbeiter oder Schichtführer erhalten für die Stunde eine Zulage von 30 Pf. Qualifizierte Arbeiterinnen erhalten für die Woche eine Zulage von 5 Mk. Für den Vorbereitungs- und Abschlußdienst erhalten die Führer und Vorarbeiter der Straßenbahn 10 Mk. und die Schaffner 15 Mark für den Monat mehr.

Arbeiten, die außerhalb der ständigen Arbeitsstätte vorgenommen werden, werden bei einer Entfernung von 4 bis 6 Kilometer Luftlinie, von der Wohnung aus gerechnet, mit 2 Mk. mehr vergütet, über 6 Kilometer mit 3 Mk. Wege, die innerhalb der planmäßigen Arbeitszeit zurückgelegt werden, werden nicht vergütet. Das Fahrgeld für die Hin- und Rückfahrt ist bei diesen Zulagen besonders zu erstatten. Die Wechselschichtarbeiter erhalten für die Schicht von abends 10 Uhr bis morgens 6 Uhr 1,50 Mk. mehr.

Angelernte Arbeiter, welche handwerksähnliche Arbeiten verrichten und sich einer Prüfung im Fach unterziehen, werden als Handwerker entlohnt. Handwerker im ersten Jahr nach beendeter Lehrzeit erhalten die Stunde 20 Pf. und im 2. Jahr 10 Pf. für die Stunde weniger.

Nicht volleistungsfähige Arbeiter werden nach Leistungen bezahlt. Dieses bezieht sich nicht auf Arbeiter, die im Dienste der Stadt minderleistungsfähig geworden sind. Die Einreihung der einzelnen Arbeiter in die verschiedenen Lohngruppen erfolgt durch die Betriebsleitung im Einvernehmen mit der gesetzlichen Arbeitervertretung. Arbeiter, welche bisher in einer höheren Lohnklasse entlohnt wurden, dürfen nicht in eine niedrigere Lohnklasse zurückversetzt werden.

Dienstbereitschaft gilt als Dienst.

Sollten durch ungewöhnliche Verhältnisse andere Lebensverhältnisse bedingt werden, so bleibt es den Kontrahenten überlassen, vor Ablauf dieser Lohntafel um neue Verhandlungen einzukommen. Die Schmutz- und Schwerarbeiterzulage sowie die Zulage für die Exhumierungsarbeiten werden besonders am 1. März 1922 verhandelt.

Ungehobelte Hausbesitzer.

Wenn man einen Hausbesitzer über seine Mieter sprechen hört, dann bleibt gewöhnlich ein guter Faden nur an sehr wenigen hängen. Wir verkennen nicht die Nöte des Hausbesitzers, er soll doch aber auch die Not des Mieters nicht unterschätzen. Daß die Hausbesitzer in ihrem Auftreten den üblen Mietern nichts nachgeben, beweist eine am Sonntag in der Versammlung des Haus- und Grundbesitzervereins angenmomene Resolution. Sie lautet:

„Wir sind aufs höchste empört darüber, daß eine deutsche Regierung, noch dazu eine solche, welche selbst durch Fremde geknechtet und bevormundet wird, es wagt, dem deutschen Reichstage den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, wie es das Reichsmietengesetz ist. Abgesehen davon, daß eine offenkundige Verletzung der Reichsverfassung vorliegt, würde durch dieses Gesetz ein großer Teil deutscher Reichsbürger, nämlich die Hausbesitzer, unter die Vormundschaft der Straße gestellt werden. Zu unbesoldeten Hausknechten würden sie erniedrigt werden, jedoch voll verantwortlich für die Verwaltung und Erhaltung des Haus- und Grundbesitzes, der einen großen Teil des deutschen Nationalvermögens darstellt. Wir sind auf das tiefste entrüstet darüber, daß es Reichstagsabgeordnete gibt, welche die Stirn haben, einer solchen Gesetzesvorlage zuzustimmen, die den Hauseigentümer noch unter unmündige Kinder und Entmündigte stellen will. Die Verelendung eines wesentlichen staatserhaltenden Teiles des deutschen Volkes sowie der Verfall und die Vernichtung des deutschen Haus- und Grundbesitzes, eines der wichtigsten Teile des deutschen Nationalvermögens, muß die Folge sein. Wir warnen die Regierung und den Reichstag nochmals, auf dem eingeschlagenen Wege auch nur einen Schritt weiter zu gehen. Wir fordern die unverzügliche Zurückziehung bezw. Ablehnung des Reichsmietengesetzes, den schleunigen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und den sofortigen Erlaß eines Notgesetzes, durch welches bei allen — auch den langfristigen — Mietverhältnissen festgesetzte Höchstmieten ohne Nachweis sofort in Kraft treten. Sollten diese Forderungen nicht erfüllt werden, so wird der gesamte deutsche Haus- und Grundbesitz geschlossen Widerstand leisten. Er wird Mittel und Wege finden, die Durchführung von Bestimmungen zu verhindern, welche sich in einer Weise gegen die Hausbesitzer richten, die für jeden freien Mann entwürdigend ist. Der von der Reichsregierung beschrittene Weg muß dahin führen, daß in aller Kürze der größte Teil des deutschen Hausbesitzes in die Hände von Ausländern gelangt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese die Regierung dann mit mehr Erfolg als deutsche Reichsbürger zwingen werden, die Gesetzesbestimmungen, welche die Hausbesitzer zu rechtlosen Sklaven herabwürdigen, zu ändern."

Man ersieht aus dieser Resolution, daß sich die Hausbesitzer eigentlich ebenso ruppig ausdrücken wie die Mieter. Ihre Hoffnung setzen sie auf die Entente, wie aus den Schlußsätzen hervorgeht. Ein übereifriger Hausbesitzer stellte in der Versammlung sogar den Antrag, man „solle die Entente bitten, die deutschen Hausbesitzer vor der deutschen Regierung zu schützen." Wenn auch dieser Antrag nach dem offiziellen Bericht stürmische Zurückweisung fand, so ist er doch eigentlich die brutale Quintessenz des letzten Teiles der Resolution.

Unseres Erachtens würden Hausbesitzer und Mieter gut tun, wenn sie sich von Organisation zu Organisation einmal an einen Verhandlungstisch setzten und versuchten, positive Vorschläge an die Regierung auszuarbeiten, wie beiden notleidenden Teilen einigermaßen geholfen wird. Die Aufhebung einer jeden Wohnungsbewirtschaftung ist aber dazu das ungeeignetste Mittel, denn das würde die Erbitterung der beiden Teile nur vergrößern.

Abgelehnt.

Was wird Herr Professor Fester tun?

Berlin, 1. März. Die Streikverordnung des Reichspräsidenten gab verschiedenen Ortsgruppen des Verbandes der Sattler und Portefeuiller Veranlassung, den Ausschluß des Genossen Ebert aus diesem Verbande zu beantragen. In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich der Beirat mit dieser Angelegenheit. Nach lebhafter Debatte wurde mit allen gegen 8 Stimmen beschlossen, die Ausschlußanträge abzulehnen.

Die Koryphäe der Hallischen Universität, Herr Professor Fester, der anläßlich der bürgerlichen Tataren-Nachricht vom Ausschluß Eberts auf der Universität Halbmast geflaggt wissen wollte, wird hoffentlich nun soviel Courage besitzen, die republikanische (versteht sich!) Flagge höchst eigenhändig aufzuziehen. Wir sehen Herrn Fester, der äußerlich durchaus keine Aehnlichkeit mit einer ägyptischen Mumie haben soll, über das historisch abgeklärte Gesicht glänzen, wie es sich für einen gewissenhaften und treuen Beamten der Republik ziemt.

Der Pachtzins für das Gut Gimritz.

Zu dem Streit der Stadt um Erhöhung des Pachtzinses für das an den Oberamtmann Görg verpachtete Gut Gimritz sendet uns der Vertreter des Pächter, Herr Rechtsanwalt Hirsch, eine längere Zuschrift, aus der hervorgeht, daß sich Herr Görg nicht geweigert habe, den Pachtpreis zu erhöhen, sondern er habe bei einer 100prozentigen Steigerung Erleichterungen anderer für ihn harter Bedingungen verlangt. Die Landgüter-Deputation habe das aber abgelehnt, deshalb sei ein Vergleich nicht zustande gekommen.

Wir haben keine Veranlassung, von der zwei Seiten Maschinenschrift umfassenden Zuschrift weiter Not'z zu nehmen. Der Kardinalpunkt ist der: Der Pächter der im städtischen Besitz befindlichen Produktionsmittel erzielt für die damit erzeugten Produkte einen bis dreißig- und vierzigfachen Preis, während er nur — und das sogar erst gegen bestimmte Vergünstigungen — den zweifachen Pachtpreis bezahlen wollte, als er diese Vergünstigungen nicht erhielt, auch diese geringe Erhöhung ganz verweigerte. Alles andere, das sein Verhalten erklären soll, ist leere Rederei. Auch der Hinweis, daß die anderen Pächter gleichfalls nicht gutwillig erhöhte Pachtpreise gezahlt haben, entschuldigt ihn keineswegs, sondern läßt die andern nur in gleiche Reihe mit ihm rücken.

Der organisationsfeindliche Unternehmer.

Die Metallarbeiter der Firma Gebr. Jänicke, Hammerwerk Büschdorf, sind gestern in den Streik getreten. Die Firma weigert sich beharrlich die Lohnsätze zu zahlen, welche in der hallischen Metallindustrie vereinbart wurden. Der Inhaber der Firma, M. Jänicke, erklärte erst kürzlich vor dem Schlichtungsausschuß, daß bei ihm die „höchsten" Verdienste erreicht würden. Wie schwer diesem Herrn die Organisation im Magen liegt, erklärt sich daraus, daß er an die bei ihm beschäftigten Kollegen mit dem Betriebsrat bei einer Verhandlung das Ansinnen stellte, wenn sie aus dem Metallarbeiter-Verband austreten, würde er ihnen einen Stundenlohn von 15 Mark geben. Metallarbeiter übt Solidarität! Meidet diesen Betrieb, um diesen Herrn eines anderen zu belehren.

Der Wohnungsmarkt im Monat Januar 1922. Im Januar 1922 wurden 411 Wohnungssuchende im Wohnungsamt neu eingetragen, so daß die Gesamtzahl auf 10 328 stieg. Neubesetzt wurden 244 Wohnungen, davon 33 im Zwangswege. Darunter befanden sich 20 Familien, die laut Urteil des Amtsgerichts ihre Wohnungen räumen mußten und andere Wohnungen durch das Wohnungsamt erhielten. 8 Familien, die Wohnungen ohne Zuweisung, mithin widerrechtlich bezogen hatten, mußten aus diesen wieder entfernt werden.

Volksunterrichtskurse. In der vergangenen Woche nahmen die VIII. Volksunterrichtskurse ihr Ende. Mancher hat die Gelegenheit benutzt, seine Kenntnisse zu vervollkommnen. Allen Volkskreisen gehörten die Teilnehmer an. Unter die einzelnen Berufsgruppen verteilten sie sich nach folgenden Prozentsätzen: Angestellte 50 Prozent, Werktätige 26,3 Prozent, Beamte 13,7 Prozent, Berufslose 7,3 Prozent und Freie Berufe 2,1 Proz. Ein Viertel waren weibliche Teilnehmer. Das Alter der Hörer schwankte zwischen 15 und 60 Jahren. 25 Prozent waren Jugendliche, während 67,1 Prozent ein Alter von 20—40 J. aufwiesen. — Eine neue Reihe von Lehrgängen beginnt am 6. März. Ueberall in der Stadt weisen die grünen Plakate darauf hin, die den genauen Stundenplan angeben: Deutsch, Rechnen, Raumlehre, Buchführung, Kurzschrift und zweitens Anmelde- und Auskunftstelle: Alte Volksschule, Neue Promenade, Toreingang, 2 Treppen, Zimmer 35 Donnerstag und Freitag, den 2. und 3. März, 7—9 Uhr abends; sowie in der Woche vom 6. bis 10 März täglich von 7 bis 8 Uhr abends. Jedem Vorwärtsstrebenden ist Gelegenheit gegeben, sein Wissen zu erweitern. Wissen ist Macht!

Die Haussammlung des Oberschlesien-Hilfswerks in Halle hat bisher das erfreuliche Ergebnis von 43 302,40 Mk. gezeitigt, obgleich die große Mehrzahl der Sammellisten noch aussteht Infolge der inzwischen eingetretenen Portoerhöhung würde aber die Rücksendung der Listen im einzelnen kolossale Unkosten verursachen. Der hiesige Ortsausschuß hat daher eine Sammelstelle eingerichtet und bittet die Hausbesitzer bezw. Verwalter, die noch rückständ gen Sammellisten im Magistratsburo VII. Stadthaus 2 Treppen, Aufgang Schmeerstraße, innerhalb 1 Woche abgeben zu lassen.

Cirkus Gebr. Blumenfeld jun., Magdeburg, (früher E. Blumenfeld Wm.-Guhrau) wird in Halle ab 18. März ein für kurze Zeit berechnetes Gastspiel geben. Dieses Unternehmen, das bei seinem letzten Gastspiel an der Krausenstraße im Frühjahr 1920 allseitig Anerkennung erntete, hat sich in der Zwischenzeit weiter vergrößert und verspricht mit einem Spielplan aufzuwarten, wie man ihn in Halle seit damals nicht wieder sah. Der Name Blumenfeld mit seinem mehr als 100jährigen guten Ruf verbürgt allen Cirkusfreunden wirkliche Kunst des geharkten Sandes; er hält sich fern von übertriebenen Ankündigungen und verspricht nie mehr als er zu bringen imstande ist. Der vergangene Sommer führte das Blumenfeldsche Unternehmen u. a. auch nach Köln, Dortmund, Elberfeld, Berlin, Braunschweig und anderen Großstädten, wo die rührige Direktion überall die besten Erfolge erzielen konnte.

Gefundenes Gut. Im Stadttheater sind im verflossenen Jahre verschiedene Gegenstände gefunden worden. Eigentumsansprüche können bis 31. März 1922 beim städtischen Büro V, Rathausstr. 19, geltend gemacht werden. Nach Ablauf dieser Frist werden die Fundstücke versteigert.

Freie Volksbühne. Der in „Kunst und Volk" angegebene Einlösungstermin für das 9. und 10. Werk für das Thaliatheater hat sich verschoben. Der neue Termin wird rechtzeitig bekannt gegeben.

Operettentheater. Jarnos „Försterchristl" übt nach wie vor seine ungeschwächte Anziehungskraft aus. Da am Sonnabend, den 4. März, eine Uraufführung stattfinden muß, so finden nur noch einige Aufführungen von „Försterchristl" statt. Sonntag, den 5. März, gelangt die reizende Operette „Das Hollandweibchen" nachmittags 3 Uhr bei kleinen Preisen zur ungekürzten Darstellung. Der Vorverkauf ist ab ½10 Uhr den ganzen Tag ununterbrochen geöffnet.

Wem ist die Geldscheintasche gestohlen? Bei einem am 20. Februar hier festgenommenen D-Zugdiebe ist eine neue, hellbraune Geldscheintasche mit 250 Mk. gefunden worden. Diese will er unmittelbar vor seiner Festnahme einer Dame auf einem Bahnsteige gestohlen haben. Die Geschädigte hat nach Angabe von Eisenbahnbeamten den Bahnhof verlassen und ist in die Stadt gegangen. Sie wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 36, zu melden.

Gestohlenes Zigarettenetui. Einem am 23. Januar hier festgenommenen Fürsorgezögling, der sich in Passendorf bei Zeitz in Schneiderlehre befand und dort entlaufen war, ist ein Zigarettenetui aus Alpakkasilber mit Monogramm C. S. in einem Rosenkranz abgenommen worden. Der Bursche will das Etui von einem Unbekannten gekauft haben, es wird aber vermutet, daß es gestohlen ist. Geschädigte werden ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 36, beehufs Besichtigung zu melden.

Vom Saalkreisparlament.

Gestern fand im Sitzungssaale des Ständehauses für den Saalkreis eine Kreisvertretersitzung statt, die eine sehr umfangreiche Tagesordnung zu erledigen hatte.

Der kommissarische Landrat, Regierungsrat Müller, teilte vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß er gemäß einer Verfügung des Innenministers, zum stellvertretenden Landrat ernannt worden ist.

An Stelle des ausscheidenden Kreistagsmitgliedes Marx-Diemitz wurde der Kreisvertreter Albert Schulz in sein Amt eingeführt.

In die Tagesordnung eintretend einigte man sich einstimmig darauf, daß die angesetzte Beschlußfassung über die Steuerverteilung des Kreisfehlbetrages für die Provinzialabgaben, vertagt werden soll. Diese Zurückstellung erfolgte, weil die gesetzliche Grundlage für derartige Maßnahmen noch nicht geklärt ist.

Der zweite Punkt der Tagesordnung, betr.

Beschlußfassung über Erhöhung der gemeindlichen Zuschläge zur Förderung des Wohnungsbaues

rief eine längere Debatte zwischen den Vertretern der Linken und der Rechten hervor. Der Kreisausschuß schlug vor, gegenüber der vom Staat vorgeschriebenen Summe einen dreifachen Betrag zu erheben. Dieser Antrag wurde mit 17 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Der einfachen Erhebung wurde einmütig zugestimmt.

Im nächsten Punkt der Tagesordnung wurde die Beteiligung des Saalkreises an der zu gründenden

Mitteldeutschen Bauzentrale

(Soziale Bauhütte) mit einer Stammeinlage von 250 000 Mk. vorgeschlagen. Der Betrag soll als Tilgungsdarlehen bei der Sparkasse des Saalkreises hinterlegt werden.

Die Arbeitgeber des Baugewerbes haben gegen den Antrag ein Protestschreiben an den Kreistag gerichtet.

Der Vorsitzende, Gen. Müller, gab einen kurzen Ueberblick über die historische Entwicklung des Gedankens der organisierten Baugenossenschaften. Das Bauunternehmertum hat bisher immer gezeigt, daß, wenn es frei und ohne Hemmung wirken konnte, nicht den sozialen und kulturellen Gesichtspunkten Rechnung getragen wurde. Mit der Baugenossenschaft ist dem Unternehmertum gegenüber eine wichtige Konkurrenz geschaffen worden. Die Genossenschaft kann einen wichtigen Einfluß auf die Preisbildung des Baumarktes ausüben. Von interessierter Seite ist bereits der Versuch gemacht worden, diese Genossenschaft völlig in privatkapitalistische Hände zu bringen. Es soll deshalb demgegenüber eine Beteiligung des Kreises an der Aufbringung der Mittel erreicht werden.

Der deutschnationale Gutsbesitzer Beil wendete sich gegen die Vorlage und sah die Behebung der Wohnungsnot durch eine sehr naiv geschliffene Brille an. Er meinte, man solle nur jedem, der für sich ein Haus bauen will, einen Zuschuß geben.

Nachdem sich die Vertreter der Linken auf Vorschlag des Gen. Habermann-Ammendorf zu einer kurzen Besprechung zurückgezogen hatten, wurde der Vorlage mit den Stimmen der Vertreter der sozialistischen Parteien gegen die Stimmen der brgl. Vertreter zugestimmt. Der Kreisausschuß wurde ermächtigt, einen dementsprechenden Vertrag abzuschließen.

Da nach den Bestimmungen des Reichsrates alle Gemeindebezirke verpflichtet sind, für veranstaltete Vergnügen eine Steuer zu erheben, wurde vom Kreisausschuß der Vorschlag gemacht, daß auch die Gutsbezirke für die veranstalteten Vergnügen Steuern erheben müssen. Eine dementsprechende Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Gen. Keidel-Löbnitz wies in diesem Zusammenhange darauf hin, daß die Gutsbezirke als solche keine Existenzberechtigung haben. Es müsse darauf gedrungen werden, daß die Auflösung der Gutsbezirke durchgeführt wird. Dieser Hinweis löste eine längere Debatte aus, deren Ergebnis die Annahme einer Resolution war, in welcher das Ministerium des Innern aufgefordert wird, die Beseitigung der Gutsbezirke so schnell wie möglich durchzuführen. Gegen diesen Antrag stimmten zwei Gutsbesitzer, während die übrigen deutschnationalen Vertreter der Resolution zustimmten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220301-14/fragment/page=0005

Es wurde sodann eine sehr heikle Frage behandelt. Das Bad Neu-Ragoczy soll eingestellt werden. Jetzt zeigt sich aber eine erhebliche Ueberschreitung des festgesetzten Etats, da eine verantwortungslose Verschleppung der Bauarbeiten, ganz besonders der Wasserspülungsanlage, stattgefunden hat. Die schon bestehende Kommission soll dem nächsten Kreistag Bericht über die Schuldfrage erstatten.

Die Kreisstraße Diemitz—Reideburg wird vom Kreis übernommen.

Der Gutsbezirk Mücheln wird in die Stadtgemeinde Wettin eingemeindet.

Ohne jede Debatte wurde dann der wichtige Beschluß gefaßt, die Stelle des Kreissyndikus ab 28. Februar aufzuheben.

Es wurde ein Ausschuß, bestehend aus 2 Bürgerlichen und 3 Sozialisten gewählt, der die gemeindlichen Abgaben zur Förderung des Wohnungsbaues verteilen soll.

Als Amtsvorsteher wurden gewählt für Rotenburg Gen. Faßbender, für Krosigk der Kommunist Dentewitz, für Reideburg der Kommunist Silberberg. Zu Amtsvorsteherstellvertretern wurden gewählt Pilger für Ammendorf und Gen. Paul Seifert für Krosigk.

Es schloß sich eine nichtöffentliche Sitzung an.

Sennewitz. Mißstände auf der Grube? Der „Klassenkampf" berichtet in seiner Nummer vom 23. Februar aus Sennewitz über Mißstände auf der Grube Ferdinande. Dem Bergarbeiterverbande und dem Betriebsrat wird der Vorwurf gemacht, daß sie es dulden, daß Ueberstunden in großem Umfange gemacht würden. Vom Vorsitzenden des Betriebsrates, der zu gleicher Zeit Vertrauensmann des Verbandes, aber auch Mitglied der kommunistischen Partei ist, werden die vom „Klassenkampf" geschilderten Zustände entschieden bestritten. Nur in einem Falle sei es aus technischen Gründen im Interesse einer Schicht notwendig geworden, 2 Züge mehr zu fahren. Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß in ähnlichen Fragen der „Klassenkampf" unbesehen ihm von unverantwortlichen Personen gebrachte Meldungen veröffentlicht hat. In solchen Fällen sollte ein für allemal der gegebene Weg der sein, sich vorher mit der in Frage kommenden Organisationen in Verbindung zu setzen.

Löbejün. Eine teure Suppe hat im benachbarten Hohenedlau der Gemeinde- und Jagdvorsteher Fritz Sturm den Jagdgenossen eingebrockt. Die Volksstimme hat früher schon berichtet, daß vor zwei Jahren bei der Verpachtung der Gemeindejagd Herr Fritz Sturm seinem Freunde, dem Gutsbesitzer K. Säuberlich in Mitteledlau den Zuschlag unter Umständen erteilt hatte, die den Landrat Gen. Ad. Thiele veranlaßten gegen die Klüngelwirtschaft einzuschreiten und die Verpachtung für ungültig zu erklären. Obwohl der Gem.-Vorst. Sturm, Säuberlich und der zu ihren Jagdfreunden gehörende Amtsgerichtsrat Meyer in Könnern Himmel und Hölle in Bewegung setzten, ließ sich das Landratsamt nicht beirren und beauftragte den Amtsvorsteher Bernh. Sturm in Mitteledlau mit dem Abschießen der Jagd. Bei der Rechnungslegung beanstandete der Jagdvorsteher Fr. Sturm die Ausgabe für das Jagdfrühstück. Er klagte und in erster Instanz erkannte Amtsgerichtsrat Meyer in Könnern im Sinne des klägerischen Antrags. Jetzt hat aber das Landgericht Halle in der Berufung das Urteil aufgehoben und die Klage kostenpflichtig abgewiesen. Die Jagdgenossen haben nun das Vergnügen, alle Kosten zu tragen. Der Pachtertrag für ein Jahr dürfte draufgehen. Die Lehre ist bitter. Aber wenn sie erwirkt, daß die Hohenedlauer ihrem Gem.- und Jagdvorsteher Fr. Sturm nicht mehr so kritiklos folgen wie bisher, ist sie nicht zu teuer bezahlt.

Rothenburg. Parteiversammlung. Am Sonntag, den 19 Febr., fand im Saaleschlößchen unsere fällige Monatsversammlung statt. Unter Punkt 1 referierte Gen. Faßbender über Entstehung und Entwicklung der Volkswirtschaft. Referent zeigte in recht markigen Worten die krassen Zustände, die schon im Mittelalter zwischen Arbeitgeber und Arbeiter bestanden und noch jetzt bestehen. Gen. Faßbender sprach dann noch über den Versammlungsleiterkursus, der innerhalb unserer Ortsgruppe veranstaltet wird. Parteisekretär Gen. Petersdorf, der anwesend war, begrüßte es, daß von unserm Vorsitzenden Gen. Faßbender die Anregung zu einem Versammlungsleiterkursus gegeben wurde. Er ging dann auf die politische Lage ein und streifte in seiner Rede den letzten Eisenbahnerstreik und den Streik bei der Mansfelder Gewerkschaft. Unter Punkt Verschiedenes wurde die Maifeier als Hauptteil erörtert, die dieses Jahr auch in Rothenburg statt[illegible] später Abendstunde wurde unter allgemeiner Befriedigung die Versammlung geschlossen.

Provinz und Umgebung.

Mansfelder Streik.

Unter Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministers wurde am Dienstag in Halle über Beilegung des Streikes verhandelt. Nach recht langwierigen Verhandlungen einigten sich die Parteien auf folgender Grundlage:

„Der früher bestehende Manteltarif wird in vollem Umfang bis 1. Juni in Kraft gesetzt.

Etwaige zentrale Vereinbarungen über Manteltarife werden auch von der Mansfelder Gewerkschaft anerkannt.

Die 11 Mk. Lohnzulage, die durch den Schiedsspruch in den letzten Verhandlungen festgesetzt wurde, bleibt für Februar bestehen.

Die Löhne werden für März um 10 Mk. und für reine Schichtlöhner um 12 Mk. erhöht."

Die Arbeiter gehen, wenn sie diesen Vereinbarungen heute zustimmen, ebenso geschlossen wieder in die Betriebe, wie sie hinausgegangen sind.

Aus dem Merseburger Stadtparlament.

Merseburg hat bis auf weiteres einen „Ober-Bürgermeister". — Kommunistisches Liebeswerben um die Polizei-Exekutivbeamten!!

Bei Eröffnung der Stadtv.-Sitzung konnte der Stadtv.-Vorsteher bekanntgeben, daß die Regelung der neuen Arbeiterlöhne die Zustimmung des Arbeitgeberverbandes gefunden hat. (Vergl. Volksstimme Nr. 39.) Auch ist die Zustimmung eingegangen, daß der bisherige 1. Bürgermeister den Titel „Ober-Bürgermeister" führen darf. Beim Ausgabehaushalt der Allg. Verw. Teil VI §. 2 wurden 82 000 Mk., für welche Deckung nicht vorhanden ist, nachbewilligt. Desgleichen erfolgte Nachbewilligung in Höhe von 1300 Mk. für den Haushalt der Bauverwaltung zwecks Ausbesserung der Waschhäuser nebst Schornsteinen auf den Grundstücken Fischerstr. 11 und 18. 3 195 Mk. bei Ausgabe Ansatz Teil IV „für Gerichts- und Stempelkosten" der Grundeigentums-Verw. Durch Erhöhung der Fuhrlöhne muß eine Nachbewilligung von 48 000 Mk. erfolgen. In gleicher Weise, wie das Reich und der Staat den Beamten einen weiteren Teuerungszuschuß von 20 Prozent, also insgesamt 40 Prozent, gewährt, sollen auf Anregung des Arbeitgeberverbandes auch die städtischen Beamten und tarifl. Angestellten diesen Zuschuß erhalten. Für erstere werden 35 000 Mark, für letztere 27 500 Mk. benötigt, wovon für 53 000 Mk. Deckung nicht vorhanden ist. Die tariflichen Angestellten erhalten diese 20 Prozent Zuschuß erst mit dem 4. Dienstjahr. Für die Schwestern der städt. Kinderbewahranstalten werden ab 1. April 1922 an das Mutterhaus 4 800 Mark und den Schwestern selbst jährlich 500 Mark bewilligt, was einer Mehrausgabe von jährlich 2 700 Mk. entspricht.

Der 9. Punkt der Tagesordnung sah den gemeindlichen Zuschlag von 15 Prozent zur Förderung des Wohnungsbaues vor, daneben noch 5 Prozent an den Staat. Stadtverordneter Daniel (USP.) konnte sich für diese Vorlage nicht erwärmen. Dem schloß sich Genosse Boye an. Genosse Krüger ging auf diese Mietssteuer, die letzten Endes doch nur die Arbeiter trifft, ein. Nicht recht ist es, daß man über das gesetzliche Maß hinausgeht. Gesetzlich sind 5 Prozent an den Staat und 5 Prozent an die Gemeinde abzuführen. Mit dem Antrag des Magistrats werden aber anstatt 10 Proz. nun 20 Prozent erhoben werden. Krüger und Stadtv. Daniel stellten den Antrag, nur 10 Prozent und zwar 5 Prozent für den Staat und 5 Prozent für die Gemeinde, wie gesetzlich festgelegt, zu erheben. Der Magistrats-Antrag, welcher 20 Prozent forderte, wird gegen die Stimmen der D. N., D. V. und Demokraten abgelehnt (was sagt hier Herr Grimm (Dem.) zu seinen Freunden den Hausbesitzern) und der Antrag Krüger-Daniel angenommen. Da nach Verfügung des preußischen Ministers des Innern überall dort, wo sich Schutzpolizei befindet, den kommunalen Polizeibeamten das weitere Tragen der Uniform verboten ist, legte der Magistrat dem Stadtverordneten-Kollegium folgenden Antrag zur Beschlußfassung vor: „Unter Wegfall des Kleidergeldzuschusses für die uniformierten Polizeiexekutivbeamten, wird diesen sofort ein einmaliger Zuschuß von je 1500 Mark zur Beschaffung von Zivilkleidern unter der Bedingung gewährt, daß sie anerkennen, daß mit Wirkung ab 1. 4. 22 der bisherige Bekleidungsgeldzuschuß in Wegfall kommt. Stadtv.-Vorsteher Junker ersucht, den Betrag von 1500 Mark auf 2000 Mark festzusetzen. Genosse Fehse ersuchte, das Kleidergeld weiter zu gewähren. Auf einmal haben die Kommunisten ihr gutes Herz endeckt, für diejenigen, dessen Uniform auf den Sowjetstern gewirkt hat, wie das rote Tuch auf den Stier, und stellen den Antrag, die Summe auf 2 500 Mk. zu erhöhen. (Was sagt nun der „Klassenkampf?"). Auch Genosse Krüger trat für Erhöhung des einmaligen Zuschusses ein. Der Antrag der Kommunisten wurde abgelehnt, hingegen der Antrag Junker angenommen. Die Stadtv.-Versammlung trat dem Magistratsbeschluß bei, ab Rechnungsjahr 1922 im Haushaltsplan 5000 für Unterstützung erkrankter Gemeindebeamten einzusetzen. Als letzter Punkt der Tagesordnung wurde die Anschaffung eines Minimaxapparates beschlossen. Die Anschaffungskosten betragen 1000 Mk. Stadtv. Eichardt ersuchte noch um Veröffentlichung des Sozialrentnergesetzes.

Merseburg. Achtung Bauarbeiter. Durch Verhandlungen sind nunmehr die Streitigkeiten bei der Firma Pladeck in Merseburg beseitigt. Die Bausperren sind aufgehoben. Lingnau.

Merseburg. Achtung Kriegshinterbliebene. Die städtische Fürsorgestelle Merseburg veranstaltet in den nächsten Tagen für Kriegshinterbliebene und deren Töchter Ausbildungskurse im Zuschneiden und Nähen von Kleidern und Wäsche, sowie Namen- und Lochsticken. Desgleichen ist auch ein Unterrichtkursus für Schreibmaschine geplant. Die Kurse sind kostenlos. Diejenigen Kriegshinterbliebenen und deren Töchter, die an einem dieser Kurse teilnehmen wollen, haben Adresse usw. der Gaugeschäftsstelle, Merseburg, Gotthardtstraße 22 I, schnellstens zu melden. Weiterhin steht der hiesigen Fürsorgestelle ein größerer Geldbetrag zum Zwecke der Unterstützung für Kinder der Schwerbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, die diese Ostern die Schule verlassen (Schulentlassungsbeihilfen), zur Verfügung. Alle Schwerbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, deren Kinder Ostern die Schule verlassen, wollen dies obengenannter Geschäftsstelle sofort mitteilen.

Merseburg. Ablieferung der Steuerkarten und Markenblätter für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1921. Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des hiesigen Finanzamtes vom 10. Januar werden diejenigen Steuerpflichtigen der Stadt Merseburg, welche für 1921 hier veranlagt werden, aufgefordert, ihre Steuerkarten oder Markenblätter für die oben angegebene Zeit vom 1. bis 30. März 1922 in unserer Steuerkasse, Rathaus Markt, abzuliefern. Zur schnelleren Abfertigung wird ersucht, den Einkommensteuerbescheid für 1920 mit vorzulegen. Auch ist es zur Erleichterung des Annahmegeschäfts sehr erwünscht, daß die Arbeitgeber möglichst gesammelt an die Steuerkasse abliefern.

Naumburg—Eckartsberga.

Naumburg. Freie Schwimm-Vereinigung. Mittwoch, den 1. März 1922, abends 8 Uhr, im Restaurant zum goldenen Hahn, außerordentliche Mitgliederversammlung. Der wichtigen Tagesordnung halber ist vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder Pflicht. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Interessenten des freien Wassersports herzlich willkommen.

Mansfelder Kreise – Sangerhausen.

Wansleben (See). Die deutsche Volkspartei auf Mitgliederfang. Mancher ehemalige Offizier fühlt das Zeug in sich, Parlamentarier zu werden; so auch der neugebackene „Politiker" Hauptmann a. D. Schulz, Bahnhof Teutschenthal. Um die lichten Reihen der Deutschen Volkspartei zu stärken, klopfte er eines Tages bei seinem Freund Direktor Ermisch, Hauptmann a. D. hier an. Im stillen Kämmerlein berieten diese zwei Hauptleute a. D., wie man die Beamten des Mansfelder Kaliwerkes einfangen könnte. Am vergangenen Freitag abend wurden diese Beamten nach dem Lokal Buttenberg kommandiert, Pardon! eingeladen. Der Apparat klappte vorzüglich. Beide Hauptleute a. D. waren in höchst eigener Person erschienen und nun wurden politische Weisheiten verzapft. In echt Mansfeldischer Untertänigkeit saßen die Herren Beamten, ein Dutzend an der Zahl, da und hörten den Ausführungen des Herrn Schulz zu. Gegen den Stachel zu löken ist natürlich im Beisein ihres Vorgesetzten Direktor Ermisch unmöglich. Sie wurden Mitglied, Mitglied einer Stinnespartei, einer monarchistischen Partei! Fühlen denn diese Beamten mit ihren Hungergehältern nicht, zu welchen politischen Zwecken sie mißbraucht werden? Denn soviel von den Beamten bekannt ist, können sie unmöglich einer kapitalistischen Partei angehören. Warum denn diese Heuchelei? Mehr Mut wäre am Platze.

Torgau—Liebenwerda—Schweinitz.

Falkenberg. Vom Schweinemarkt. Am gestrigen Schweinemarkt standen 60 Ferkel und 12 Läufer zum Verkauf. Die Preise der Ferkel waren sehr hoch. Es wurden gezahlt 350—500 M. pro Stück, Läufer 800—1200 M. Trotz der hohen Preise war der Markt schnell geräumt. Der Kauf ging flott von statten. Um 9 Uhr war der Markt vorüber.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Beschälseuche der Pferde wird auf Grund der §§ 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R. G. Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes bestimmt.

§ 1.

Die viehseuchenpolizeilichen Anordnungen vom 12. Februar 1921 (Amtsbl S. 57) und vom 17. Februar 1921 (Amtsblatt S. 61) werden aufgehoben.

§ 2.

a) Zum Decken fremder Stuten dürfen nur angekörte Hengste verwendet werden. Die zugelassenen Hengste werden von den Landräten in einer besonderen Bekanntmachung namhaft gemacht.

Sie unterliegen einschließlich der auf Deckstationen stehenden Hengste staatlicher Gestüte und der in § 2 der Polizeiverordnung für die Provinz Sachsen vom 30. Januar 1912 (Amtsblatt S. 76) betreffend die Hengstkörung unter b und c aufgeführten Hengste, in Zwischenräumen von 4 Wochen einer amtstierärztlichen Untersuchung auf ihren Gesundheitszustand. Die Hengste sind an ihren Standorten dem beamteten Tierarzt vorzustellen. Diesem sind dabei auch die Deckbücher zur Prüfung vorzulegen.

b) Alle anderen Hengste dürfen nur zum Decken eigener Stuten der Besitzer verwendet werden. Machen die Besitzer solcher Hengste von dieser Erlaubnis Gebrauch, so ist ihnen verboten, eigene Stuten von den unter a bezeichneten Hengsten decken zu lassen.

§ 3.

Die Zulassung von beschälseuchekranken, beschälseucheverdächtigen und ansteckungsverdächtigen Pferden zum Decken ist verboten. Dieses Verbot gilt für beschälseucheansteckungsverdächtige Tiere solange, bis sie auf Grund einer klinischen Untersuchung und durch Blutuntersuchung als unverdächtig erklärt worden (Beschälseuchekranke Pferde werden gekennzeichnet durch den den Brand „B" auf der linken Kruppenhälfte, beschälseucheverdächtige und ansteckungsverdächtige durch den Haarschnitt „B" auf der linken Kruppenhälfte und den Brand „B" auf beiden Vorderhufen).

§ 4.

Die Zuführung von Stuten aus Orten des thüringischen Staatsgebietes zu Hengsten, die auf preußischem Staatsgebiet stehen, ist verboten.

Ebenso ist die Zuführung von Stuten aus Orten des preußischen Staatsgebietes zu Hengsten verboten, die auf thüringischem Staatsgebiet stehen.

Ausnahmen unterliegen der Entscheidung des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. Etwaige Anträge sind mir vorzulegen.

§ 5.

Im Kreise Eckartsberga unterliegt das Deckgeschäft bei Pferden außerdem den nachstehend in den §§ 6, 7 und 8 aufgeführten Beschränkungen.

§ 6.

Die zum Decken fremder Stuten zugelassenen Hengste sind alle vier Wochen einer klinischen Untersuchung durch den beamteten Tierarzt und der Blutuntersuchung zu unterwerfen.

§ 7.

Die ansteckungsverdächtigen Stuten aus den Deckperioden 1919 und 1920 können aus der Beobachtung entlassen werden, sofern sie sich bei einer erneuten klinischen und Blutuntersuchung als unverdächtig erweisen, andernfalls ist die Beobachtung solange fortzusetzen, bis der Verdacht beseitigt ist. Die Entscheidung darüber, welche Tiere als unverdächtig anzusehen sind und aus der Beobachtung entlassen werden können, behalte ich mir in jedem Falle vor.

§ 8.

Die beschälseucheverdächtigen und beschälseuchekranken Stuten sind mindestens alle vier Wochen dem beamteten Tierarzte vorzuführen. Hierbei ist nötigenfalls die Kennzeichnung zu erneuern. Die für die Stuten verhängten Schutzmaßnahmen bleiben bestehen. Eine Liste der Stuten ist allen Hengsthaltern zuzustellen.

§ 9.

Die Kosten der amtstierärztlichen Untersuchungen fallen der Staatskasse zur Last.

§ 10.

Vorstehende Anordnung tritt sofort in Kraft.

Zuwiderhandlungen werden nach den §§ 74, 76 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R. G. Bl. S. 519 ff.) bestraft.

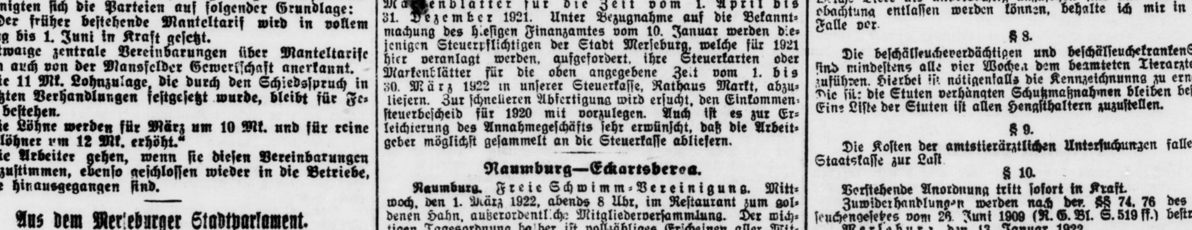
Merseburg, den 13. Januar 1922.

Der Regierungs-Präsident.
gez. v. Gersdorff.

Vorstehende viehseuchenpolizeiliche Anordnung wird mit dem Bemerken veröffentlicht, daß außer den zur Zeit im Landgestüt Kreuz stehenden 211 Deckhengsten, zum Decken fremder Stuten zugelassene (gekörte) Hengste im Stadtbezirk Halle nicht vorhanden sind. Die Liste der gekörten Hengste kann im Polizeiverwaltungsbüro (Zimmer 10?) eingesehen werden.

Halle, den 28. Februar 1922.

Die Polizeiverwaltung.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220301-14/fragment/page=0006